

*Krise bewältigen –
Armut bekämpfen –
Demokratie stärken –
Zukunft gewinnen:*

Es ist an der Zeit.
Für Brandenburg.

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

1 **Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie**
2 **stärken – Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für**
3 **Brandenburg.**

4
5 **Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009**

6 **Beschluss der 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN**
7
8

9
10

11	Worum es geht in diesen Zeiten	4
12	1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und	
13	ökologisch erneuern	6
14	Von Arbeit muss man leben können	6
15	Öffentlich geförderte Beschäftigung.....	7
16	Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung	7
17	Förderinstrumente anpassen	8
18	Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern	8
19	Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen	9
20	Zukunftsfaktor Tourismus	9
21	Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung	10
22	In der Region verankern, was Brandenburg kann	10
23	Forstwirtschaft	11
24	Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial	11
25	Energiewende forcieren	12
26	Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung.....	13
27	Verantwortung für die Natur	14
28	2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare	
29	Lebensumstände für alle	16
30	Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle	16
31	Kinder vor Armut schützen	17
32	Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen	17
33	Verbraucherinnen und Verbraucher schützen	19
34	3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an	20
35	Was wir haben – und was wir brauchen	20
36	Für ein Höchstmaß an individueller Förderung	20
37	Auf den Anfang kommt es an.....	21
38	Eine Schule für alle	21
39	Gutes Personal	22

40	Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend.....	22
41	Qualifizierte Berufsausbildung	23
42	Eine neue Hochschulpolitik	24
43	Soziales Studium – soziale Hochschule	24
44	Qualität der Lehre	24
45	Demokratie in der Hochschule.....	25
46	Freiheit von Forschung und Lehre	25
47	Hochschulzugang.....	25
48	Weiterbildung.....	26
49	Kultur für alle gewährleisten.....	26
50	Kulturelle Bildung.....	27
51	Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen.....	27
52	Musikschulen.....	28
53	Theater und Bibliotheken.....	28
54	Mehr Mut zu Entscheidungen	28
55	Medien	29
56	4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken,	
57	Toleranz leben	30
58	Starke Kommunen	30
59	Zentrale Orte.....	30
60	Interkommunale Zusammenarbeit	31
61	Auskömmliche Kommunalfinanzierung	32
62	Wohnen ist Menschenrecht.....	32
63	Umweltgerechte Mobilität für alle sichern	33
64	Verkehrspolitischer Kurswechsel.....	33
65	Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen	34
66	Gesundheitsversorgung.....	34
67	Brandenburgs Jugend.....	35
68	Sport	35
69	Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger	36
70	Stärkung der Bürgerrechte.....	36
71	Öffentliche Sicherheit	37
72	Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen	38
73	Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten.....	38
74	Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken	38
75	Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt	39
76	Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße	40
77	Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden.....	40
78	5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen	42
79	Es ist an der Zeit	44

80 ***Worum es geht in diesen Zeiten***

81 Es ist Zeit, vieles neu zu ordnen. Brandenburg, Deutschland und die Welt stecken in einer
82 tiefen Krise. Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen
83 geschützt werden. Arbeitsplätze sind zu erhalten – für Stammbeschaften wie für
84 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Es gilt, Existenzen zu sichern, Erspartes zu bewahren.
85 Und: Es muss an die Wurzeln gehen. Die Welt nach der Krise darf nicht dieselbe sein wie
86 vorher.

87 In einem Wirtschaftssystem, wie dem gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus, in dem Geld
88 und Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig, als der Appell an allgemeine Werte
89 und Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung von Gier und
90 Egoismus, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu
91 bringen. Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben: Rendite
92 und Vernunft, kurzfristiger Gewinn und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse,
93 Gesellschaft und Individuum, Staat und Markt, Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und
94 Lebensweise – all diese Beziehungen müssen neu geordnet werden. Wer sich ökonomisch
95 und finanziell der Verantwortung entzieht, muss von der Gesellschaft zur Verantwortung
96 gezogen werden können. Sinngemäß soll es innerhalb der Unternehmen laufen. Aufsichts-
97 räte müssen tatsächlich und mit Konsequenz Aufsicht führen; Mitarbeiterinnen und
98 Mitarbeiter mitbestimmen können. Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt und
99 Schritt für Schritt weiter entwickelt werden. Unser Weg ist der sozialökologische Umbau, die
100 solidarische Erneuerung und die konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die
101 Idee des demokratischen Sozialismus bleibt unser Ziel. Darum geht es in diesen Zeiten.
102 Darum geht es der LINKEN.

103 Es ist gut, wenn die SPD Kraft zur Selbstkritik aufbringt – zur Selbstkritik daran, dass man
104 sich der Logik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verschrieben hat. Es ist gut, wenn
105 sich sogar der brandenburgische Ministerpräsident angesichts dessen, auf die Ideen eines
106 demokratischen Sozialismus besinnt. Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner CDU
107 sich dem in den Weg stellt? Der Weg vom Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann
108 blockiert. Bekenntnisse allein aber reichen heute nicht aus. Wir, die LINKEN wollen, dass
109 jetzt politisch gehandelt wird – konkret hier und heute, im Interesse der Menschen.

110 Wir verstecken uns auch jetzt, in der weltweiten Krise, nicht hinter der Globalisierung.
111 Brandenburg selbst ist Teil der Welt, die diese Krise hervor gebracht hat. Beginnen wir also
112 hier und von hier aus, unsere Welt in Ordnung zu bringen.

113 Denn auch in Brandenburg ist es Zeit, vieles neu zu ordnen. Als die Krise ausbrach, war
114 unser Land noch lange nicht auf einem gesunden Entwicklungsweg zu stabilem Wohlstand
115 für alle. Sicher: Die schlimmen Turbulenzen nach dem Zusammenbruch der DDR und dem
116 Wüten der Treuhandanstalt waren vorbei. Viele von uns haben einiges erreicht. Sie haben für
117 sich und das Land etwas aufgebaut – und so auch ernsthaft etwas zu verlieren. Doch die
118 Gefahr begann schon vor der Krise. Galoppierende Preise und nicht mithaltende
119 bescheidene Einkommen, immer mehr niedrige Bezahlung und schlechte Arbeitsverhältnisse
120 – das alles untergrub das, was in Brandenburg erreicht worden war. Für viele andere hatte
121 zudem die persönliche Katastrophe schon viel eher begonnen und dauert immer noch an:
122 durch Langzeitarbeitslosigkeit – teils schon über Generationen – und Armut unter dem
123 Druck von Hartz IV. Wieder andere – und es werden immer mehr – arbeiten von früh bis spät
124 und erhalten dafür doch so wenig, dass sie eine Aufstockung aus dem Hartz-IV-Topf
125 benötigen, um wenigstens dieses Mindestniveau zu erreichen.

126 Schließlich die Kinder und Jugendlichen. In Brandenburg gilt: Je jünger, desto höher das
127 Armutsrisiko. Was für ein Skandal! Materielle Armut geht einher mit schlechteren
128 Bildungschancen und höheren Gesundheitsrisiken. Unser Schulsystem ist nicht geeignet,
129 alle jungen Menschen gut auf Leben und Beruf vorzubereiten. Die Hochschulen sind
130 überlastet, die Qualität der Lehre steht in der Kritik. Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

131 Brandenburg ist zudem ein Land mit großen Verwerfungen. Bei Verdienst und
132 Einkommensniveau der privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große
133 Teile des Landes leiden weiter unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und
134 mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist
135 gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

136 Die Landesregierung hat sich bemüht, bestimmte Fehler der Vergangenheit – wie die
137 Geldverschwendung für illusionäre Großprojekte – zu vermeiden. Aber sie hat neue Fehler
138 gemacht. Sie hat dem Abbau des traditionellen Sozialstaates zugestimmt – außer der Idee
139 eines neuen, „vorsorgenden“ Sozialstaates, aber nichts an dessen Stelle gesetzt, was Armut
140 durchgreifend verhindert und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gesichert hätte. Sie hat auf die
141 Stärken des Landes gesetzt, ohne damit seinen Schwächen einen helfenden Impuls geben
142 zu können. Sie hat auf Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt – aber keine neue Kraft
143 schaffen können.

144 Viele im Land hegen einerseits die Hoffnung, Brandenburg sei nun auf dem richtigen Weg.
145 Doch andererseits sieht eine Mehrheit im Land: Die Verhältnisse sind nicht gerechter
146 geworden, die Lebensverhältnisse haben sich nicht nachhaltig zum Positiven gewendet.

147 Was ist jetzt zu tun?

148 Wir wollen das, was im Guten den Lebensstandard in Brandenburg ausmacht, verteidigen,
149 erhalten und ausbauen. Wir wollen, dass diejenigen, die davon bislang nicht profitieren
150 konnten, künftig daran teilhaben. Wir wollen, dass das dann Erreichte krisenfester ist.

151 Stabilisierung und Wandel, soziale Sicherung und ökologischer wie ökonomischer Fort-
152 schritt, eine gestärkte Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat, Krisenbewältigung
153 und Arbeit an der Zukunft müssen gewährleistet werden und Hand in Hand gehen.

154 Im Zentrum unserer politischen Bemühungen stehen:

155 ⇒ Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann und ein sozialökologischer Umbau
156 der Gesellschaft,

157 ⇒ soziale Sicherung, Bekämpfung von Armut, bezahlbare Lebensumstände und bessere
158 Lebensbedingungen für Kinder,

159 ⇒ gute Bildung und Kultur für alle sowie der,

160 ⇒ Anspruch eines jeden darauf, in einem funktionierenden verlässlichen Gemeinwesen
161 leben zu können.

162 Wandel auf breiter Front tut not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken, auch
163 nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess politischer,
164 gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen in Gang zu setzen und an den
165 richtigen Stellen zu beginnen. Deswegen machen wir in unserem Wahlprogramm 2009
166 politische Schlüsselvorhaben deutlich, mit denen wir den Wandel dafür einleiten wollen. Es
167 sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Brandenburgerinnen und
168 Brandenburger reagieren. Es sind Vorhaben, die sich aus der bisherigen Landesentwicklung
169 als nächster logischer Schritt ergeben, wenn man das Positive in Brandenburg wahren,
170 ausbauen und für alle wirksam machen will. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus
171 weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Es sind Vorhaben, die für uns zum
172 Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg gehören – eines
173 Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches,
174 zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

175 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg**
176 **sozial und ökologisch erneuern**
177

178 **Von Arbeit muss man leben können**

179 Durch die Krise sind auch in Brandenburg tausende Arbeitsplätze bedroht. Viele
180 Unternehmen haben bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Es ist
181 richtig, dass die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld verlängert wurde. In Verbindung mit
182 Weiterbildung und Qualifizierung kann dies zukünftige Beschäftigungsperspektiven verbes-
183 sern. Arbeitsmarktpolitik und Sicherung von Wirtschaftsstandorten sind aufs engste
184 verzahnt, soziale Verantwortung erweist sich als „Standortfaktor“ von existenzieller
185 Bedeutung. So kann es aussehen, wenn soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft
186 zusammen finden. Die Landesregierung hat demgegenüber bislang auf eine Niedriglohnstra-
187 tegie gesetzt; der CDU-Wirtschaftsminister hat offensiv für Brandenburg als Billiglohnland
188 geworben. Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Brandenburgs Wirtschaft ist auf dieser
189 Grundlage nicht stabiler geworden. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und
190 Arbeitnehmer, aber auch Schulabgängerinnen und Schulabgänger wandern ab, weil sich
191 ihnen in anderen Bundesländern bessere Einkommens- und damit Lebensperspektiven
192 bieten. Das Wort vom Fachkräftemangel macht auch angesichts dessen schon lange die
193 Runde – und das Problem wird sich noch verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird.

194 Deswegen muss sich etwas ändern: Von guter Arbeit muss man vernünftig leben können.
195 Deswegen fordern wir ein Bundesgesetz, das flächendeckend und generell einen Existenz
196 sichernden Mindestlohn durchsetzt. Flächentarifverträge, die über dem gesetzlichen
197 Mindestlohn liegen, sowie eine hohe Tarifbindung der brandenburgischen Unternehmen
198 angestrebt werden müssen. Mit dem Flickwerk der Großen Koalition im Bund muss Schluss
199 sein! Was existenznotwendig für Menschen ist, hängt nicht davon ab, in welcher Branche sie
200 beschäftigt sind, ob sie zur Stammbeslegschaft oder zu Zeitarbeitsfirmen gehören. Und auch
201 nicht von ihrer Nationalität. Wir sind für eine europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie
202 dient nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem kulturellen Austausch. Sie ist für
203 uns nicht in erster Linie Teil der unternehmerischen, sondern vor allem der individuellen
204 Freiheit der Menschen. Doch so wird sie sich nur auf der Grundlage europäischer sozialer
205 Standards entfalten – andernfalls führt sie zur Ausbreitung von Dumpinglöhnen und prekärer
206 Beschäftigung. Wenn wir für solche europäischen Standards kämpfen, dann gehört der
207 Mindestlohn in Deutschland dazu. In fast allen anderen EU-Ländern ist er bereits Realität.
209 Wir werden deswegen keiner Landesregierung beitreten, die sich
211 nicht zum Kampf für einen Existenz sichernden gesetzlichen
213 Mindestlohn verpflichtet. Und wir werden im Parlament und auf
215 der Straße offensiv für den gesetzlichen Mindestlohn kämpfen.

217 Im Land selbst arbeiten wir für ein Landesvergabegesetz, damit
219 der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und soziale
221 Mindeststandards gebunden wird. Wer öffentliche Aufträge
222 ausführt, muss seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Tariflöhne zahlen –
223 mindestens jedoch auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns.

224 Öffentliche Förderung für Unternehmen sollte nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, son-
225 dern auch an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also auch hier an eine faire Bezah-
226 lung und an Fragen wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird
227 oder ob das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt ist, einen Betriebsrat
228 zu wählen. Mit öffentlichen Geldern für die Wirtschaft darf kein Lohndumping gefördert wer-
229 den. Dies zieht nur weiteren Finanzbedarf nach sich, um die negativen sozialen Folgen aus-
230 zugleichen. Auch das ist gemeint, wenn soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft
231 zusammen gebracht werden sollen.

Schlüsselvorhaben 1:
**Landesvergabegesetz –
tarifliche und soziale
Mindeststandards bei
öffentlichen Aufträgen**

232 **Öffentlich geförderte Beschäftigung**

233 Unser Ziel ist es, dass alle durch Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, sich durch Arbeit
234 selbst verwirklichen und durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
235 Vergegenwärtigen wir uns allerdings die ernstesten, langwierigen Probleme in unserem Land –
236 etwa die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit oder die seit langem hohe Zahl älterer
237 Arbeitsloser über 50 Jahre –, dann wird deutlich, dass Vollbeschäftigung in Brandenburg auf
238 herkömmliche Weise in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist.

239 Aber: Wir können dennoch vielen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, eine
240 berufliche Perspektive schaffen – und zwar in öffentlich geförderter Beschäftigung. Wir
241 setzen nicht auf perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürger-
242 arbeit. Ein solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor
243 (ÖBS) organisiert sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit,
244 die weder von privaten Unternehmen noch von der öffentlichen
245 Verwaltung bereitgestellt wird. Damit ist der ÖBS zwischen Markt
246 und Staat angesiedelt und soll Arbeitslosen neue berufliche
247 Perspektiven und sozialversicherungspflichtige sowie Existenz
248 sichernde Arbeitsverhältnisse eröffnen. Gleichzeitig wird darüber
249 sinnvolle Arbeit verrichtet, die Ausgrenzung verhindert und den gesellschaftlichen
250 Zusammenhalt stärkt. Finanziert werden sollen die Beschäftigungsverhältnisse mit den
251 Mitteln, die derzeit für Arbeitslosigkeit verwandt werden, also das Arbeitslosengeld II, die
252 Wohnungskosten, die Sozialversicherungsbeiträge und die Aufwandsentschädigung bei
253 einem Ein-Euro-Job. Diese Summe wollen wir mit Landesmitteln sowie Geldern aus dem
254 europäischen Sozialfonds aufstocken, damit die Beschäftigten im ÖBS mindestens 1 400
255 Euro brutto im Monat erhalten. Solange der Bund nicht bereit ist, diese Form der
256 Finanzierung zuzulassen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente
257 und schaffen damit bis zu 15 000 Stellen.

258 Die Betreuung Arbeitsloser in zwei Rechtskreisen (SGB II und SGB III) ist unbefriedigend.
259 Durch eine Zusammenführung muss gewährleistet werden, dass Arbeitsuchende
260 gleichberechtigt betreut und gefördert werden. Die Regionalisierung von Arbeitspolitik muss
261 dieses Ziel unterstützen und zur Erzeugung zusätzlicher Beschäftigungseffekte beitragen.

270

271 **Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung**

272 Dass Profittreiberei und blanke Marktlogik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so
273 dominierten – genau das hat in die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise geführt.
274 Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung heute führen schließlich
275 auch zur finanziellen Schwächung der sozialen Sicherungssysteme und bis zum Verlust von
276 Rentenansprüchen; das Risiko von Altersarmut wächst dramatisch.

277 Jetzt steht ein Kurswechsel auf der Tagesordnung – ein Kurswechsel zu solidem Wirtschaften,
278 zu guter Arbeit und zu guter Rente. Darauf müssen Staat und Gesellschaft hinwirken.

279 Linke Wirtschaftspolitik verfolgt daher einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr
280 als Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht,
281 Einfluss auf Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch die Stärkung
282 tariflicher, sozial- und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit
283 zwischen Männern und Frauen sowie Gewährleistung demokratischer Teilhabe, z. B. durch
284 Ausweitung der kollektiven Mitbestimmung in Unternehmen. Wirtschaftspolitik muss mit der
285 Regionalentwicklung verzahnt werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-
286 polnischen Grenze muss berücksichtigt werden.

287 Zentrale Elemente sind die Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen
288 und der Umbau der Wirtschaftsförderung unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten, damit
289 sich die Wirtschaft nachhaltig und selbsttragend entwickeln kann.

Schlüsselvorbaben 2:
**15 000 ordentliche
Arbeitsplätze im
öffentlich geförderten
Beschäftigungssektor**

290 Wir konzentrieren uns sowohl darauf, die Substanz der klein- und mittelständisch geprägten
291 Unternehmensstruktur des Landes zu bewahren und die industriellen Kerne zu stärken, als
292 auch darauf, neue Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen zu erschließen. Brandenburgs
293 Chance liegt vor allem bei neuen Industrien und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und
294 Innovation, wie z.B. die Biotechnologie, die erneuerbaren Energien, die Umwelttechnologie.
295 Vor dem Hintergrund des tatsächlichen Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin
296 sind international herausragende Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Medien und
297 Gesundheitswirtschaft besonders zu unterstützen. Das wird nur gelingen, wenn Brandenburg
298 institutionell und politisch mit Berlin zusammenwirkt und sich eng mit der Metropole im
299 Herzen des Landes abstimmt, um die gemeinsamen Potenziale heben zu können. Für die
300 regionale Entwicklung und Wertschöpfung sind in den ländlichen Regionen die Agrar-, Holz-
301 und Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung.

302

303 **Förderinstrumente anpassen**

304 Wir stehen für einen Umbau der Förderlogik und Förderstruktur im Land Brandenburg.

305 Wir gehen von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes Brandenburg aus. Dabei
306 allerdings sollen neben herkömmlichen Subventionen mehr und mehr Darlehen und
307 Zinsvergünstigungen eine wichtige Rolle spielen.

308 Klassische Zuschüsse wird es auch weiterhin geben – für die gezielte Förderung von
309 innovativen Branchen und tragfähigen Netzwerken, für die Förderung und Stärkung von
310 regionalen Wertschöpfungsketten, grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für
311 Forschung und Entwicklung in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für den
312 Transfer Wissenschaft–Wirtschaft.

313 Nach wie vor ist das Hauptproblem der brandenburgischen Unternehmen die Eigenkapital-
314 schwäche. Das Bürgschaftssystem soll deshalb zur Stärkung der Eigenkapitalsituation
315 ausgebaut werden.

316 Der Umbau der Förderlogik, den wir planen, könnte durch eine andere Kombination der
317 Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung der Verantwortlichkeiten sowie durch eine
318 bessere Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio.
319 Euro Finanzmasse inhaltlich ersetzen. Der Schwerpunkt Zuschussfinanzierung in der
320 Wirtschaftsförderung ist verstärkt mit der Darlehensfinanzierung zu ergänzen. Wir streben
321 bis 2012 Darlehensfonds in einer Höhe von 250 Mio. Euro an.

322 Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Strukturfonds ist zur Überprüfung der Ziele
323 der operationellen Programme der EU zu nutzen. Die Programme sind dann in Abstimmung
324 mit den EU-Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus
325 sind die Ressorts der Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu
326 vernetzen, um ein besseres Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben zu
327 erreichen, die dann auch nachhaltige Effekte bewirken.

328

329 **Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern**

331 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in
333 Brandenburg sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn
335 Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro. Sie
337 sind klein, haben aber große Bedeutung für Wirtschaft und
339 Arbeitsplätze, leisten einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige
341 Entwicklung und sind regional verankert. Sie verdienen
343 besondere Unterstützung – und für diese Unterstützung braucht
345 es besondere Instrumente. Oftmals sind es nur kleine Beträge die
347 fehlen, und herkömmliche Finanzierungswege über die Hausbank

Schlüsselvorhaben 3:
**Mikrokredite für
Kleinunternehmen,
Handwerk und Freie
Berufe &
Start-Up-Fonds**

348 fallen aufgrund der schwachen Eigenkapitalausstattung aus. Deshalb wollen wir für klein-
349 und mittelständische Unternehmen, für Handwerk und freie Berufe ein Mikrofinanzierungs-
350 programm auflegen.

351 Zur Förderung von Innovationen und der Kreativwirtschaft wollen wir einen Start-up-Fonds
352 auflegen. Mit Hilfe eines solchen revolvingen Fonds sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen
353 finanziell gefördert werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrument bauen
354 können. Der Fonds wird Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung
355 als auch bei Erweiterungen zugute kommen.

356

357 **Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen**

358 Die SPD-CDU-Regierung hat in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung neu
359 ausgerichtet und dabei Schwerpunkte nach Wirtschaftsbereich und Region gesetzt – es kam
360 zu 17 Branchenkompetenzfeldern und 15 Regionalen Wachstumskernen. Wir sagen:
361 Brandenburg braucht eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen,
362 die überregional bzw. international von Bedeutung sind. Diese müssen unabhängig von der
363 räumlichen und regionalen Verortung nach ihrem Innovationspotenzial und ihren
364 Entwicklungschancen bestimmt und gezielt gefördert werden. Entwicklung muss dort
365 unterstützt werden, wo sie sich vollzieht.

366 Deswegen wollen wir eine kritische Prüfung des Systems der Regionalen Wachstumskerne
367 und Branchenkompetenzfelder, das die Landesregierung in den letzten Jahren eingeführt hat,
368 sowie eine generelle ressortübergreifende Bestandsaufnahme der Förderpolitik und der
369 Förderprogramme einschließlich der Landesentwicklungsplanung. Mit Blick auf die
370 Regionalen Wachstumskerne wollen wir klären, ob alle Städte oder Städteverbände, die die
371 Kriterien für einen regionalen Wachstumskern erfüllen, tatsächlich in das regionale
372 Wachstumskonzept aufgenommen worden sind. Zudem geht es um die Kriterien selbst.
373 Geeignet sind aus unserer Sicht Messlaten wie Beschäftigungswirksamkeit, Nachhaltigkeit,
374 infrastrukturelle Vernetzung, Umlandfunktion, Stärkung der Wirtschaftssubstanz, Profilierung
375 der Branchenschwerpunkte u. ä. Auf diesem Wege entsteht ein integrativer Förderansatz,
376 mit dem es gelingt, dass keine Region abgehängt wird.

377 Wir wollen darüber hinaus eine allgemeine Grundförderung in allen Regionen Brandenburgs
378 sichern. Sie stützt sich auf drei Säulen:

379 - die Stabilisierung und Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen
380 unabhängig von ihren Standorten

381 - die stärkere Vernetzung von Fördermöglichkeiten der europäischen Fonds EFRE,
382 ESF und ELER

383 - die Kommunalfinanzierung.

384

385 **Zukunftsfaktor Tourismus**

386 Ein weiteres Standbein der brandenburgischen Wirtschaft ist der Tourismus. Dieser trägt
387 nicht unerheblich zur Wertschöpfung im Land bei und schafft und sichert zahlreiche
388 Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum. Die Potenziale sind aber noch längst nicht
389 ausgeschöpft. Sowohl die geografische Lage im Zentrum Europas als auch die natürlichen
390 Gegebenheiten Brandenburgs bieten gute Voraussetzungen, um in enger Abstimmung mit
391 Berlin den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter auszubauen. Wir stehen für eine
392 verlässliche Finanzierung des Landestourismusverbandes, der Tourismus Marketing
393 Brandenburg GmbH und der Tourismusakademie Brandenburg und eine noch stärkere
394 Vernetzung der Akteure im Tourismus. Die Initiativen zur Verbesserung von Dienstleistun-
395 gen, Service und Qualität sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Bei der Fortschreibung

396 der Landestourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale
397 Anforderungen stärker berücksichtigt werden. So ist die Barrierefreiheit von touristischen
398 Angeboten bei weitem noch keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen den sanften Tourismus
399 pflegen und fördern, der sowohl dem Bedürfnis nach Erholung und Bildung, wie auch den
400 Erfordernissen von Natur und Umwelt gerecht wird. Dazu gehört auch ein „Aktionsplan
401 Kinder- und Jugendtourismus“.

402

403 **Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung**

404 Wir planen eine wirkliche Agrarwirtschaftsinitiative. Sie zielt darauf, Brandenburgs moderne
405 Agrar- und Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz
406 sichernde Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen
407 Städten zu stabilisieren und zu entwickeln. Und wir wollen ihre Perspektive im
408 Zusammenhang mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in den
409 ländlichen Raum stärken.

410 Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig. Es bedarf einer Bodenpolitik, die die
411 Brandenburger Landnutzer stärkt, und einer Grundförderung für ländliches Gewerbe in allen
412 Regionen. Der Boden als Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum
413 Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden. Den EU-Beschlüssen zur Benachteiligung
414 der ostdeutschen Agrarstrukturen werden wir wirksame Förderinstrumente entgegensetzen
415 und nicht zulassen, dass auch die Bundespolitik ostdeutsche Agrarstrukturen benachteiligt,
416 wie bereits bei der Besteuerung des Agrardiesel geschehen. Der Verbleib der finanziellen
417 Mittel in unseren ländlichen Regionen muss unbedingt gesichert werden. Positiv ist die
418 Unterstützung der EU für eine öffentlich geförderte Mehrgefahrenversicherung vor
419 Witterungsereignissen und anderen Schäden zu werten.

420 Wir wollen Agrarpolitik so gestalten, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und
421 regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung hier im
422 Land Brandenburg erfolgt. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt und
423 die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire
424 Preise besonders in der Milchproduktion zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen,
425 bis hin zur Bildung von Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften, sind ein wirksames
426 Mittel, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern zu bündeln und zu schützen, aber
427 gleichzeitig auch den Erfordernissen modernen Wirtschaftens zu entsprechen. Wir streben
428 regional angepasste, umwelt- und tierschutzkonforme Tierhaltungssysteme an.

429

430 **In der Region verankern, was Brandenburg kann**

431 Aus einer widersprüchlichen Entwicklung heraus gilt es, Potenziale zu nutzen und Blockaden
432 zu überwinden:

433 Einerseits gibt es in Brandenburg moderne Agrarbetriebe, die unsere Landwirtschaft zu einer
434 der produktivsten in Europa machen und die fest in den internationalen Netzwerken der
435 Nahrungsmittelproduktion eingebunden sind. Andererseits haben sie kaum Verbindung zu
436 den lokalen und regionalen Marktstrukturen. Milchpulver wird nach China exportiert; aber
437 frische Milch schafft es nur schwer in die Regale der großen Discounter in der Region, seien
438 sie in Berlin oder Brandenburg.

439 Einerseits ist Brandenburg im ökologischen Landbau Spitzenreiter; im Metropolenraum von
440 Berlin konnte er sich mittlerweile einen stabilen Absatzmarkt erobern. Andererseits gibt es
441 im konventionellen Bereich von Landwirtschaftsprodukten zu wenige Verbindungen
442 zwischen Metropole und Umland. Da teilweise die Nachfrage nach ökologisch erzeugten
443 Produkten nicht befriedigt werden kann, setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des
444 ökologischen Landbaus ein. Dafür streben wir eine Erhöhung der Umstellungs- und

445 Beibehaltungsprämie an. Die brandenburgische Ernährungswirtschaft ist im überregionalen
446 Durchschnitt deutlich zurückgefallen; im Vergleich der ostdeutschen Länder steht sie an
447 letzter Stelle.

448 Das Schlüsselprojekt „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ hat zum Ziel,
450 den Metropolenraum für alle landwirtschaftlichen Produkte
452 Brandenburgs zu erschließen. Wir wollen deswegen dieses
454 Aktionsbündnis hervorheben, das dazu beiträgt, die lokale
456 Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken, die regionalen Wert-
458 schöpfungsketten auszubauen und den Berliner Markt für
460 Agrarprodukte aus Brandenburg mittelfristig beim ansässigen Le-
462 bensmittelhandel zu erschließen. Dafür sehen wir einen Förder-
464 fonds vor, für den auch EU-Programme genutzt werden. Diesem
466 Aktionsbündnis gehören wirtschaftliche und politische Akteure
467 sowohl aus Brandenburg als auch aus Berlin an, so wie bereits bei der Initiative „Mark und
468 Metropole“. In einem Politikbereich, der für Brandenburgs Entwicklung sehr bedeutsam ist,
469 würde somit auch eine echte Kooperation mit Berlin erfolgen – im langfristigen Interesse
470 beider Länder.

471

Schlüsselvorhaben 4:
**Aktionsbündnis zur
Vermarktung von
Qualitätsprodukten der
brandenburgischen
Landwirtschaft**

472 **Forstwirtschaft**

473 Brandenburg ist ein walddreiches Land. Diesen Reichtum nachhaltig zu bewahren, ergibt sich
474 aus seinen Funktionen als Rohstofflieferant und als Erholungsraum sowie seiner Fähigkeit
475 CO₂ zu binden. Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab. Die Er-
476 schließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald muss unterstützt und die
477 Unveräußerlichkeit des Landeswaldes gesichert werden. Wir werden ein umfassendes
478 Projekt auf den Weg bringen, das den Forst- und Holzsektor allseitig entwickelt. Es geht um
479 die Nutzung der natürlichen Potenziale, den Aufbau einer Forstverwaltung, die sich
480 hinsichtlich Struktur und Umfang an den zu erfüllenden Aufgaben und Perspektiven misst
481 statt an einseitigen Einsparvorgaben, denen immer weitere Stellenkürzungen folgen. Im
482 Landeswald sollen Gemeinwohlleistungen wie Waldumbau, Waldpädagogik und Naturschutz
483 in besonderem Maß erbracht und eine zuschussfreie Holzbewirtschaftung erreicht werden.
484 Dazu bedarf es einer leistungsstarken modernen Landesforstverwaltung.

485 Gleichermaßen sind Gartenbau, Fischerei und die Jagd als Bestandteile der Agrarpolitik so zu
486 fördern, dass durch eine nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftung der natürlichen
487 Ressourcen ein aktiver Beitrag für Arbeit und Leben im ländlichen Raum geleistet wird. Wir
488 streben an, dass die Verwendung von bleihaltiger Munition in der Jagd schrittweise reduziert
489 wird.

490

491 **Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial**

492 Große Krisen sind immer auch der Auftakt zu neuen Entwicklungsetappen. Der jetzt
493 gescheiterte Finanzmarkt-Kapitalismus ist nicht zu reparieren, die alte Industriestruktur nicht
494 ewig durch Abwrackprämien für alte Autos aufrecht zu erhalten. Nach der Krise muss es
495 nicht nur andere Autos, sondern muss es ein neues Wirtschaften geben, muss ein neuer, ein
496 ökologischer und sozialer Entwicklungspfad beschritten werden.

497 Wir wollen eine Landesregierung, die sich der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung
498 stellt und endlich - wie in anderen Bundesländern auch - eine Nachhaltigkeitsstrategie für
499 Brandenburg konzipiert und konsequent umsetzt. Dazu bedarf es zum einen der
500 Weiterführung, Stärkung und Aufwertung des „Beirates für Nachhaltige Entwicklung und
501 Ressourcenschutz“. Zum anderen ist es erforderlich, die Erarbeitung und Umsetzung der
502 Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten (z. B. über einen parlamentarischen

503 Beirat für Nachhaltige Entwicklung) und Akteure aus der Zivilgesellschaft an diesem Prozess
504 zu beteiligen. Das System der brandenburgischen Großschutzgebiete ist eine Erfolgsge-
505 schichte. Sie sind Modellregionen nachhaltiger regionaler Entwicklung und bieten
506 Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft und für klein- und mittelständische
507 Betriebe. Sie sind auf weitere geeignete Gebiete, wie die Mittlere Havel, auszubauen.

508

509 **Energiewende forcieren**

510 Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und wissenschaftlicher Erkenntnisse
511 über den unmittelbaren Zusammenhang zwischen weiter steigenden Treibhausgasemissio-
512 nen und zunehmender globaler Erwärmung geht es für Brandenburg vor allem um mehr
513 Konsequenz bei der notwendigen und möglichen Energiewende.

514 In Brandenburg gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung
515 einerseits und erneuerbaren Energien wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und
516 Geothermie andererseits. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer
517 Energien in den letzten Jahren deutlich stärker geworden ist, während die Stromgewinnung
518 aus Braunkohle - vor allem für den Export - ihre Bedeutung behielt.

519 Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren
520 Energien vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und
521 Einsparpotenziale sichern sie die künftige Stromversorgung, schonen das Klima und
522 schaffen zudem neue zukunftssichere Arbeitsplätze. So können ländliche Räume neben der
523 Nahrungsgüterproduktion auch mittels erneuerbarer Energien neue Zukunftsperspektiven
524 erhalten - der Anbau nachwachsender Rohstoffe verbessert die Ertragslage der Land- und
525 Forstwirtschaft.

526 Jedoch ist die Produktion von Biomasse durch die zur Verfügung stehende Bodenfläche und
527 die Flächenerträge begrenzt und ist deshalb behutsam voranzutreiben. Die stoffliche und
528 energetische Nutzung von Biomasse muss Nachhaltigkeitskriterien gerecht werden. Der
529 Ausbau von Windkraft- und Biomasseanlagen darf nicht mit nachteiligen Folgen für die
531 Lebensqualität der Menschen und die Umwelt verbunden sein
533 und ist mit den Menschen in den betroffenen Regionen zu
535 entwickeln. Stärker als bisher sind Solar- und Geothermie zu
537 fördern und insbesondere bei Gebäuden ist auf
539 Energieeinsparung, Solaranlagen und Wärmepumpen zu
540 orientieren.

Schlüsselvorhaben 5:
**Vorrang für
erneuerbare Energien**

541 Für diesen Vorrang der erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher
542 Regelungen. Zudem sind erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes
543 Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung
544 gleichfalls Bürgernähe, regionale Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen heraus.

545 Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland Brandenburg zu 100 % auf
546 erneuerbare Energien umstellen. Daran wollen wir arbeiten.

547 Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu
548 vollziehen, was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere
549 Braunkohlevorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres
550 Landes - darunter das durch den Raubbau der vergangenen 150 Jahre auf nur noch wenige
551 Ortschaften begrenzte angestammte Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Der Abbau der
552 Braunkohle schädigt den Grundwasserhaushalt für Jahrhunderte, ihre Verbrennung ist
553 energetisch wenig effektiv und beschleunigt den Klimawandel durch den Ausstoß von
554 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Selbst die geplante CO₂-Abscheidung und -Speicherung
555 (CCS-Technologie) bietet u. E. keinen strategischen Ausweg, sondern ist mit hohen Kosten
556 verbunden, verschlingt selbst viel Energie. Nach wie vor gibt es ernsthafte ungeklärte Fragen
557 zum Transport und zur Endlagerung der Gase. Dazu kommt, dass die Landesregierung für

558 ihren Ansatz, die weitere Braunkohleverstromung nur dann zu ermöglichen, wenn die
559 Kohlendioxidabscheidung funktioniert, bislang keine rechtliche Verbindlichkeit hergestellt
560 hat. Zudem wäre diese Art von Stromgewinnung mit weiteren Umsiedlungen von Menschen
561 in der Lausitz verbunden.

562 Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der
563 Braunkohleverstromung bis spätestens 2050 ein. Wir wollen keine neuen
564 Braunkohletagebaue. Brandenburg muss sich zudem für eine Reform des Bundesberggesetzes
565 einsetzen, bei dem die frühzeitige Berücksichtigung der Belange Betroffener verankert und die
566 derzeitige Pflicht zur Genehmigung von Bergbauvorhaben abgeschafft wird. Das Land darf in
567 Verantwortung für die Zukunft keine Ressourcen verschenken. Es muss deshalb die
568 bergrechtliche Förderabgabe auch für Braunkohle erhoben bzw. der rechtliche Rahmen dafür
569 geschaffen werden. Bei der unterirdischen Verpressung von CO₂ muss sich Brandenburg dafür
570 einsetzen, dass Verursacher und Profiteure die Haftung für Risiken nicht auf den Landeshaushalt
571 abwälzen können. Der mit der Verpressung verbundene Ressourcenverbrauch muss dem
572 Verursacher in Rechnung gestellt werden, anstatt öffentliche Gelder für die Erprobung der
573 riskanten Technologie einzusetzen.

574 Für eine begrenzte Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-
575 Kopplung den Grundlaststrom auf wesentlich umweltschonendere Art als Braunkohlekraft-
576 werke bereitstellen.

577 Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die
578 grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen.

579 Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit
580 brandenburgischen Klimaschutzzielen und der Bewahrung lebendiger Landschaften
581 verbindet, die nachhaltige Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, vor
582 allem in der Bergbauregion Lausitz, mit sozialer Verantwortung gestaltet.

583 Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der
584 Weg dorthin führt über den von uns vorgeschlagenen Brandenburgischen Energiedialog.
585

586 **Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung**

587 Wir haben es in Brandenburg bereits erlebt: Ökologisches Handeln kann Ausgangspunkt für
588 eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. So entstanden durch die Renaturierung der
589 ausgekohlten Lausitzer Braunkohlereviere nicht nur neue Kulturlandschaften, sondern auch
590 Räume mit hoher touristischer Attraktivität. Einer besonderen Bedeutung kam diesbezüglich
591 der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu.
592 Unser Anliegen ist es, die LMBV als öffentliches Unternehmen zu erhalten. Die LMBV verfügt
593 über einzigartige Kompetenzen im Bereich der Sanierung und Renaturierung von
594 devastierten Flächen und Arealen. Diese Kompetenzen gilt es zu erhalten und weiter zu
595 entwickeln.

596 Brandenburg bringt hier Erfahrungen ein, die einzigartig sind. Es gibt in Deutschland - außer
597 der LMBV - kein weiteres Beispiel dafür, wie sich aus einer Beschäftigungsfördergesellschaft
598 ein industrieller Kern entwickelt hat.

599 Auch die Konversion hat sich in Brandenburg zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über
601 Jahrhunderte war das Territorium unseres Landes Schauplatz
603 deutscher und europäischer Kriege und ein riesiger
605 Militärstandort. Die Folgen spüren wir noch immer – bis in den
607 Alltag vieler Regionen hinein. Mittlerweile wurde ein Großteil der
609 ehemals militärischen Liegenschaften von rund 100 000 Hektar in
611 zivile Projekte umgewandelt. Knapp zwei Mrd. Euro wurden im
613 Rahmen von Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der
614 Europäischen Union in hiesige Konversionsprojekte investiert.

Schlüsselvorbaben 6:
**Renaturierung der
verbliebenen
Militärbrachen**

615 Trotz der bisher erreichten Ergebnisse bleibt Konversion weiterhin eine landespolitische
616 Aufgabe. Im Land gehen von munitionsbelasteten und mit Kraft- und Schmierstoffen
617 verseuchten Altflächen und Liegenschaften, wie der Lieberoser Heide, noch immer
618 Bedrohungen für Menschen und Umwelt aus. Städtische Brachflächen prägen nach wie vor
619 das Bild vieler Kommunen. Noch immer befinden sich ca. 15 000 ha, das sind rund 180
620 Objekte, im Bestand des Liegenschaftsvermögens. Konversion ist ein konkreter Beitrag zur
621 regionalen Strukturpolitik. Vorhandene Bausubstanz und Infrastruktur werden als Ressource
622 mobilisiert und von militärischer Nutzung befreiter Naturraum kann umweltgerecht
623 behandelt werden. Das erschließt neue wirtschaftliche Felder.

624 In Brandenburg besteht also weiterhin ein Bedarf an Konversion. Wir wollen deshalb die
625 Renaturierung der restlichen Militärbrachen in Angriff nehmen. Hierfür können wir Mittel aus
626 dem Operationellen Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der EU-
627 Förderperiode 2007 - 2013 einsetzen. Es handelt sich dabei um zirka 21 Mio. Euro. Dafür
628 muss das Land die Kofinanzierung gewährleisten, was auch mit Mitteln aus Verkauf und
629 Vermietung des Liegenschaftsvermögens gesichert werden könnte.

630 Konversion im Land Brandenburg bedeutet aber auch, endlich Klarheit über die Verwertung
631 solcher Konversionsflächen zu schaffen, bei denen – wie z. B. in Sperenberg – der Bund
632 Verantwortung trägt. Konversion im Land Brandenburg bedeutet auch die Integration der
633 innerstädtischen Konversionsliegenschaften in die städtebaulichen Konzepte und die
634 Stärkung der brandenburgischen Konversionswirtschaft.

635 Die konsequente Fortsetzung der Konversion im Land Brandenburg schließt für uns ein
636 klares Nein zu einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Dort sollen keine
637 komplexen Kriegsszenarien geübt werden, die anderswo in der Welt Hass und noch mehr
638 Terror statt Frieden bringen. Das Verbot der militärischen Nutzung hat eines der ganz
639 wenigen störungsarmen Areale geschaffen, das bewahrt werden sollte. Wir fordern den
640 Verzicht auf die militärische Nutzung und die sofortige Freigabe der geplanten 220 Mio. Euro
641 Bundesmittel für die Beräumung des Gebietes sowie seine Rückgabe an die Region.

642

643 **Verantwortung für die Natur**

644 Prognosen zum Klimawandel zeigen, dass es in Brandenburg auch künftig gerade während
645 der Vegetationsperiode weniger regnen wird. Wir müssen also die Art und Weise ändern, wie
646 wir mit Wasser umgehen – wir brauchen neue Zielsetzungen für die ökologische und
647 nachhaltige Bewirtschaftung des Landschaftswasserhaushaltes und ein Wassereinsparkon-
648 zept. Das Wasser darf nicht mehr nur einfach schnell abfließen, sondern soll lange in der
649 Landschaft verweilen. Wir unterstützen die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie,
650 Brandenburgs Gewässer in einen ökologisch und mengenmäßig guten Zustand zu bringen.
651 Gleichzeitig sind die Kosten der Gewässerunterhaltung zu senken und die Umlage gemäß
652 novelliertem Wassergesetz stärker nach dem Vorteilsprinzip auszurichten. Wasser ist ein
653 derart wichtiges Allgemeingut, dass es weder als Lebensgrundlage privatisiert noch in Form
654 von Gewässern veräußert werden darf. Die finanziellen Vergünstigungen durch eine
655 Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung sind abzuschaffen.

656 Die Landwirtschaft wird dennoch Pflanzen brauchen, die unter veränderten
657 Umweltbedingungen gedeihen. Innovative Pflanzenzüchtung kann die Landnutzung und
658 Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken. Das ist eine Zukunftsaufgabe mit
659 Langzeitcharakter. Daraus ergibt sich kein Freibrief für die Agrogentechnik. Im Gegenteil:
660 DIE LINKE bleibt bei ihrem strikten Nein zu dieser Risikotechnologie.

661 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Erwartungen, die mit dem Einsatz von
662 gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) verbunden sind, nicht erfüllen. Vielmehr werden
663 Landwirte in die Abhängigkeit einer Technologie gebracht, deren negative Auswirkungen
664 nicht absehbar sind. Wir setzen uns für ein Land Brandenburg als gentechnikfreie Region

665 und ein Anbau- und Verbreitungsverbot ein – gerade auch weil die anbietenden Konzerne
666 nicht umfänglich haften, kein unabhängiges Langzeitmonitoring, keine durchgängige
667 Kennzeichnung der Futter- und Lebensmittel und somit keine echte Wahlfreiheit für Erzeuger
668 und Konsumenten gesichert sind. Statt für Monokulturen setzt sich DIE LINKE für eine gute
669 fachliche Praxis mit Fruchtfolgen und schonender Bodenbearbeitung ein. Es geht um mehr
670 als nur das Abwenden eines Imageschadens, es geht um die Akzeptanz Brandenburgs als
671 Natur- und Reiseland und als Spitzenreiter im ökologischen Landbau. Wir unterstützen
672 gentechnikfreie Regionen.

673 Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen
674 naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu
675 nutzen. Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu
676 entwickeln. Dazu sind sanfter Tourismus, Umweltbildung und die insbesondere auch
677 personelle Stärkung der brandenburgischen Großschutzgebiete zur Standortsicherung
678 unerlässlich. Natur hat ein Wert an sich. Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich nicht
679 gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne
680 funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige Anpassungsstrategien
681 zur Vermeidung oder zumindest Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder
682 Fortschritt aufgrund der spezifischen brandenburgischen Bedingungen selbst in Frage.

683 Ein wichtiges landschaftsprägendes Element Brandenburgs – die Alleen – sind bedroht. DIE
684 LINKE setzt sich für eine Neufassung des Alleenkonzeptes mit dem Ziel ein, dass der
685 Alleenbestand jederzeit gesichert ist und nicht, wie gegenwärtig geplant, eine
686 zwischenzeitlich massive Reduzierung der Zahl der Alleebäume in Kauf genommen wird. Zur
687 Sicherung des Alleenbestandes fordern wir die Einrichtung eines Alleenfonds.

688 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für**
689 **Kinder. Bezahlbare Lebensumstände für alle**
690

691 **Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle**

692 Selbst das Sozialministerium musste es zugeben: Etwa jeder sechste ist in unserem Land
693 von Armut bedroht. Das betrifft fast eine halbe Million Menschen. Und die Berechnungen
694 beziehen sich auf die Zeit vor der großen Krise.

695 Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes, nicht
696 der Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs
697 Regierung hat dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung
698 kam 2004 gerade deshalb nicht zustande. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne
699 Wenn und Aber! An seine Stelle muss eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten: Nicht
700 Armut per Gesetz – sondern die Wiedereinsetzung eines Sozialstaates, der vor Armut
701 schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und Menschen würdig behandelt.

702 Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein
703 erkennbares politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig
704 aber im Bund klar seine Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erheben,
705 sondern sich auch ebenso deutlich für weitere Schritte gegen Armut und Armutsrisiken
706 einsetzen. Notwendig ist eine Grundsicherung für alle, die Armut verhindert. Die Regelsätze
707 müssen schnellstmöglich aufgestockt werden – vor allem für Kinder. Das Rentenniveau ist
708 zu sichern, der Rentenwert (Ost) auf Westniveau anzuheben. Wir brauchen ein
709 Bundesgesetz, damit Praktika nicht mehr als Deckmantel für Dumping-Löhne für
710 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden können. Auf der Tagesordnung
711 stehen bundesgesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den
712 Erlass von Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

713 Um gerade in Krisenzeiten das schnelle Abrutschen der Arbeitslosen in Hartz IV zu verhin-
714 dern und die Binnenkaufkraft in der Phase des konjunkturellen Abschwungs nicht weiter zu
715 schwächen, wollen wir dringend eine 24-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

716 Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde
717 durch die Hartz-Gesetze stark beschleunigt. Insbesondere Frauen sind von dieser
718 Entwicklung betroffen. Diese Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen
719 werden. Die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der
720 Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die volle Sozialversicherungsp-
721 flicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die Wiederherstellung des Qualifikationsschut-
722 zes sind unverzichtbar.

723 Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet.
724 Das beste Mittel dafür ist der Weg zurück in Existenz sichernde Erwerbsarbeit – Fortbildung
725 und Umschulung für Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein
726 Sonderprogramm Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichti-
727 gung der Gleichstellung von Mann und Frau vor.

728 Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und
729 Kulturtickets ein. Menschenwürde und Wohnen gehören eng zusammen. Wir brauchen in
730 Brandenburgs Kommunen Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haushalte
731 vorgehalten werden.

732 Ein großer Erfolg war, dass wir 2008 im Bündnis mit anderen über eine Volksinitiative ein
733 Sozialticket durchsetzen konnten. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine
734 Grundvoraussetzung für die Integration in der Arbeitswelt, für den vollwertigen Zugang zur
735 öffentlichen Daseinsvorsorge und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität
736 muss daher buchstäblich für Jede(n) zugänglich sein.

737 Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität in Beruf, Arbeitssuche, Kultur und
738 Freizeit aufgrund eines geringen Einkommens nicht hin. Daher wollen wir das Sozialticket
739 (Mobilitätsticket) über das Jahr 2010 hinaus weiterführen und sozial gerechter ausgestalten:

740 Wir werden ein Sozialticket – vergleichbar dem Seniorenticket – auf den Weg bringen, das
742 allen Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Ein-
744 kommen die Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs
746 im Raum Berlin-Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat
748 ermöglicht. Von diesem Ticketpreis sollen mindestens 20 Euro von
750 der Agentur für Arbeit als zusätzliche Mobilitätspauschale zur
752 beruflichen Neuorientierung getragen werden. Zu deutlich abge-
753 stuften Preisen soll das Ticket auch als Tagesfahrkarte und für Teilräume erhältlich sein.

Schlüsselvorbaben 7:
**Sozialticket für die
ganze Region und für
Einzelfahrten**

755 **Kinder vor Armut schützen**

756 In Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des
757 Landes ist sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und
758 werden uns damit nicht abfinden – im Wissen darum, dass auch dieses Problem nicht zuletzt
759 ein Resultat der verfehlten Sozialpolitik der letzten beiden Bundesregierungen ist. Also
760 müssen Veränderungen in den bundesweiten Regelungen erfolgen.

761 Wir wollen deshalb eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat
763 auf den Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige
765 Bevölkerungsgruppe und keine „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr
767 Bedarf muss eigenständig ermittelt werden und darf nicht wie
769 bisher eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz für Erwachsene
771 sein.

Schlüsselvorbaben 8:
**Initiative zur
armutsfesten
Grundsicherung für
Kinder**

773 Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die
775 regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen berechnet
776 und Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis zur Bestimmung des
777 altersspezifischen Bedarfs für Kinder und Jugendliche orientieren wir uns an den Vorgaben
778 der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollten die bis 5-jährigen 276 Euro und 6- bis
779 13-jährige 332 Euro (bisher 211 Euro) erhalten und die 14- bis 17-jährigen 358 Euro (bisher
780 281 Euro) bekommen.

781 Das Land steht natürlich auch in Verantwortung, wenn es darum geht, die sozialen und
782 rechtlichen Barrieren für die Kinder abzubauen. Auf der Tagesordnung steht für DIE LINKE
783 der uneingeschränkte Rechtsanspruch für jedes Kind auf eine hochwertige Kindertagesstät-
784 tenbetreuung, und dies ganztägig und schrittweise gebührenfrei.

785 Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos
786 ein gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt erfolgen! Kinder aus sozial
787 bedürftigen Familien müssen zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen
788 Mittagessens erhalten.

789

790 **Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen**

791 Bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von cirka 1 500 Euro in Branden-
792 burg gibt es nicht viel Spielraum. Unser Land liegt damit noch unter dem ostdeutschen
793 Durchschnitt. Etwa drei Viertel der Ostdeutschen sagen, dieses Einkommen sei zu knapp
794 und nur mit Einschränkungen geeignet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In den letzten Jahren
795 hat es eher mehr als weniger Anlass zu dieser Einschätzung gegeben.

796 Umso wichtiger ist es, dass die Landespolitik starkes Augenmerk auf bezahlbare
797 Lebensumstände legt. Deswegen wollen wir dem zunehmenden Anstieg von Gebühren und
798 Beiträgen durch ein Gebühren- und Beitragsbegrenzungsgesetz entgegen wirken. Und wir

799 wollen erreichen, dass Mieten und Nebenkosten bezahlbar gestaltet und gehalten werden.
800 Im Abwasserbereich belasten hohe Gebühren und Anschlussbeiträge wie in keinem anderen
801 Bundesland Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittelständische Unternehmen. Wir
802 fordern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg.
803 Beitragsforderungen gegenüber so genannten „Altanschließern“ aus DDR-Zeiten, die bis
804 Ende 2003 verjährt gewesen waren, dürfen nicht wieder aufleben. Verjährte Beitragsforde-
805 rungen müssen verjährt bleiben.

806 Der Aufbau großer zentraler Abwassersysteme mit wenigen Klärwerkstandorten hat sich im
807 dünn besiedelten Flächenland Brandenburg als besonders unwirtschaftlich, unökologisch
808 und unsozial erwiesen. Geblieben sind überdimensionierte Kläranlagen, kilometerlange
809 Leitungsnetze und viele verschuldete Zweckverbände. Wir fordern die Fortführung des
810 Schuldenmanagementfonds für besonders betroffene Aufgabenträger. Wenn das Land aber
811 Geld in die Hand nimmt, dann nicht, um zu strecken, sondern um zu korrigieren. Eine
812 Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau der Wasser- und Abwasserwirtschaft
813 in Brandenburg ist notwendig. Wir setzen uns für eine Lockerung des Anschluss- und
814 Benutzungszwanges im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger sollen dort zukünftig
815 selbst entscheiden können, ob sie neu an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden oder
816 Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben.

817 Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise sind eine zentrale Aufgabe.
818 Strom und Wärme müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Energie ist ein fester
819 Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Brandenburg darf sich da nicht hinter dem
820 Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar Position zu beziehen: für die
821 Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen durch passende
822 steuerliche Instrumente, durch energetische Sanierung von Wohnraum für Einkommens-
823 schwache, für die Entkoppelung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl, für eine
824 verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, für den diskriminierungs-
825 freien Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke sowie für die
826 Trennung von Netzbetrieb und Energieerzeugung. Das Landeskartellamt muss entschiedener
827 Energiepreise kontrollieren und korrigieren.

828 Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Brandenburg sich in Zusammenarbeit mit anderen
829 Bundesländern für Änderungen des Mietrechts einsetzt – das betrifft vor allem die Reduzie-
830 rung der Neuvermietungszuschläge und der Modernisierungskostenumlage sowie ein
831 größeres Gewicht von Bestandsmieten in Mietspiegeln. Die Spirale der steigenden
832 Wohnkosten muss durch solche Änderungen des Mietrechts, durch Reduzierung der
833 kommunalen Gebühren, durch Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen
834 Wohnungsunternehmen sowie durch Streichung der Altschulden gestoppt werden. Gerade
835 letzteres schafft für die Wohnungsunternehmen Spielräume für Investitionen und freiwillige
836 soziale Projekte. Bezahlbare Wohnungen für alle Generationen und für Singles, barrierefreies
837 Wohnen und generationsübergreifendes gemeinsames Wohnen sind zu sichern.
838 Mietobergrenzen sollen jene vor Verdrängung schützen, die seit langem in ihrem Kiez
839 wohnen.

840 Bezahlbare Lebensumstände für alle schließen auch ein gerechtes Tarifsystem im
841 Öffentlichen Personennahverkehr ein – über das Sozialticket hinaus. Wir streben eine
842 einheitliche zielgruppenspezifische tarifliche Ausgestaltung im VBB durch Umwelt-/Freizeit-
843 tickets, Semestertickets, Schülerfreizeitickets, Ferientickets, Seniorentickets Berlin
844 Brandenburg und Familienpässe an. Diese Möglichkeiten sollen als Monats-, Mehrtages- und
845 Tageskarten und Tickets für Stadtverkehre angeboten werden. Schüler- und
846 Ausbildungstickets wollen wir perspektivisch beitragsfrei gestalten und neben der
847 Beförderung zu den Bildungsstätten auch auf die Freizeit und den gesamten VBB-Bereich
848 ausweiten. Die Finanzierung soll als Landesaufgabe aus dem Verkehrshaushalt erfolgen.

849 **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

850 Ob in den Bereichen Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen,
851 Dienstleistungen oder Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen
852 Belange der Menschen. Der Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor
853 rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen
854 haben. Lebensmittelskandale, unkontrolliert steigende Energiepreise, unseriöse Finanz- oder
855 Jobangebote, Haustür- und Internetgeschäfte machen deutlich: Das Recht der
856 Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz muss
857 gewährleistet werden. Informations- und Beratungsstrukturen sind so zu gestalten, dass sie
858 von allen Menschen unabhängig vom sozialen Status genutzt werden können. Wir
859 unterstützen unabhängige Verbraucherorganisationen und setzen uns dafür ein, dass
860 Verbraucherrechte konsequent gestärkt werden.

861 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

862

863 **Was wir haben – und was wir brauchen**

864 Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht,
865 mehr denn je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung
866 über diese Freiheitsgüter entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die
867 Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe
868 an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten permanenten Wandels und über die
869 Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das ist gleichzeitig auch die
870 Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung des Raubbaus an
871 der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr Toleranz und
872 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

873 Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität.
874 Knackpunkte sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu
875 kommt die chronische Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und
876 Bürger glaubt nicht, dass dieses Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben
877 vorbereitet. Zu Recht: 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne
878 Abschluss, nur 13,5 Prozent eines Altersjahrgangs erlangen einen Hochschulabschluss. Die
879 Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

880 Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen
881 sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

882 Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl weiterhin von SPD und CDU bestimmt wird,
883 wird sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im
884 Wahlkampf zum Trotz. Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

885

886 **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

887 Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den
888 Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den
889 Bildungserfolg ist jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames
890 Lernen und ein Höchstmaß an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwach-
891 senden nach seinen Stärken und Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir die
892 Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in den Schulalltag und vor allem mehr Zeit für
893 den individuellen Dialog zwischen Lehrer und Schüler. Diese Zeit kann nur gewonnen
894 werden, wenn die Klassen in den Schulen und die Gruppen in den Vorschuleinrichtungen
895 kleiner werden.

896 Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die
897 verbesserte Personalausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung
899 zukunftsfähiger Bildungskonzepte. Darüber hinaus muss endlich
901 der Skandal beendet werden, dass Unterricht in
903 Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen
905 Notlösungen kaschiert wird. Um dies zu erreichen, muss der
907 Abbau der Lehrerstellen in Brandenburg sofort gestoppt werden.
909 Was für die Schule richtig ist, gilt ebenso für die
911 Kindertageseinrichtungen: Je kleiner die Gruppen, desto mehr
913 persönliche Zuwendung, menschliche Wärme und vorschulischer
915 Bildungsfortschritt.

916 Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in den Kindertagesstätten.
917 Bei den unter Dreijährigen muss sie zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6

Schlüsselvorhaben 9:
**Keine Schulklasse mit
mehr als 24 Schülern .
Besserer
Betreuungsschlüssel in
den Kitas**

918 Kinder) und bei den 3- bis 6-jährigen von 1 zu 13 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt
919 werden.

920 Perspektivisch streben wir für die 3- bis 6-jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10
921 an.

922 Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch
923 zu mehr Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

924 Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen. Das
925 beginnt beim Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht
926 nur 4,4 Prozent des brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern 7 Prozent
927 davon müssen in die Bildung fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von
928 der Kita über die Schule, Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig
929 beitragsfrei wird.

930

931 **Auf den Anfang kommt es an**

932 Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung
933 und Betreuung. Die Kindertagesbetreuung bedarf eines hohen professionellen Niveaus,
934 damit Kinder frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext
935 ermöglicht wird. Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf
936 Kindertagesbetreuung für angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen
937 schon bei vierjährigen Kindern einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine
938 Qualifizierungsoffensive an. Die Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
939 wollen wir ausbauen.

940

941 **Eine Schule für alle**

942 In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und
943 voneinander lernen. Eine solche Schule für alle stärkt die Kompetenzen der besonders
944 leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu
945 vermitteln. Davon profitieren auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen besonders
946 gut von Kindern. Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen
947 ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer
948 neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt Selektion. Sie erreicht so zwei
949 Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust auf Leistung entsteht durch Freude am
950 Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren wie Zulassungsbeschränkun-
951 gen, Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf Faktenwissen, sondern
952 zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude, Flexibilität, soziale
953 und personelle Kompetenz.

954 Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von
955 Kindern und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein.
956 Wohnortnähe von Kitas und Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation
957 von Heranwachsenden mit dem sie umgebenden Wohnumfeld.

958 Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in Form der Gemeinschaftsschule ein.
959 In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu verbessern und erste
960 Schritte auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen einzuleiten. Unser schulpolitischer
961 Weg für die nächsten Jahre sieht daher folgendes vor:

962 Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und
963 weiterführenden Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können.
964 Das System der Flexiblen Eingangsphase (FLEX), in der in den ersten zwei Schuljahren jah-
965 gangübergreifend unterrichtet wird, werden wir ausweiten, bis es letztlich flächendeckend
966 besteht – bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung. Die Angleichung der

967 Rahmenbedingungen, wie u. a. Bildungsauftrag in Rahmenlehrplänen und bei der Stundenzu-
968 weisung, für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis Klasse 10 soll zu mehr
969 Durchlässigkeit beitragen und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bei entsprechenden
970 Leistungen von der Oberschule auf das Gymnasium zu wechseln. Kinder mit sonderpädagogischem
971 Förderbedarf werden wir stärker in den gemeinsamen Unterricht an allgemein- und
972 berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es der Ausbildung und des Einsatzes von
973 deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung
974 stehen, werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben
975 dem gemeinsamen Unterricht auch an Förderschulen unterrichtet. Wir sorgen für weniger
976 Bürokratie und mehr Eigenverantwortung für die Schulen – dazu gehört auch die Erweiterung
977 der Leitungsfreistellung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir schaffen mehr und bessere
978 Ganztagschulen und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.
979 Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung an allgemein
980 bildenden Schulen werden wir verstärken.

981 Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und
982 Schüler entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur
983 nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen können. Außerdem
984 werden wir Schritte zur Erhöhung der Zahl der Schülerinnen und
985 Schüler einleiten, die pro Altersjahrgang die Schule mit einem
986 Abiturabschluss verlassen.

Schlüsselvorbaben 10:
**Elternbeitragsfreie
Schülerbeförderung**

987 Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu gestalten und als
988 Landesaufgabe zu finanzieren.

994

995 **Gutes Personal**

996 Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren
997 Stellenkürzungen geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der
998 Grundlage der tatsächlichen und zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und
999 Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte, um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013
1000 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern.
1001 Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören außerdem mehr SchulpsychologIn-
1002 nen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen.

1003

1004 **Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend**

1005 Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige
1006 Bürgerinnen und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht
1007 aus. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der politischen Bildung in allen Schulstufen
1008 und Schulformen einsetzen. Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und
1009 Gedenkstättenverbände, die RAA und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen
1010 dafür gestärkt werden. Die Voraussetzungen für interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns
1011 nach der Verabschiedung des „UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung
1012 der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ein besonderes Anliegen.

1013 Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische
1014 Identität stärkt und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit
1015 fördert. Wir unterstützen die Forderung in der „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008).
1016 Europapolitischen Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine
1017 besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an
1018 unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte, vor allem die unseres Nachbarlandes
1019 Polen, und umfassende Kenntnisse über die Entstehung, die Gegenwart und die Zukunft der
1020 Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine Schule in Brandenburg

1021 verlassen. Besonders die Lehrerbildung hat dafür Voraussetzungen zu schaffen. Durch die
1022 Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit – wie von
1023 Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen
1024 wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt
1025 im In- und Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den europäischen
1026 politischen Dialog durch mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

1027 DIE LINKE will ein Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache im
1028 Land Brandenburg auf den Weg bringen und damit den längst überfälligen Beitrag zur
1029 Umsetzung der europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische
1030 (Wendische) gehört zu den am meisten bedrohten Sprachen – der Europarat hat Branden-
1031 burg deshalb 2008 scharf kritisiert. Auf der Grundlage eines solchen Konzepts sind die
1032 Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der Sekundarstufe I und II und die Erweite-
1033 rung des Netzes von sorbischen (wendischen) Kindertagesstätten im angestammten
1034 Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen Bildung zu sichern. Der
1035 weiteren Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger zum Abitur
1036 führender sorbischer Schule gilt die besondere Aufmerksamkeit. Nicht nur die Stiftung für
1037 das sorbische Volk und die Kommunen, sondern vor allem das Land hat dafür die
1038 wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen: durch die Erweiterung der Aus- und
1039 Weiterbildungskapazitäten für Lehrer, die Niedersorbisch im Sprach- wie im Fachunterricht
1040 auf hohem sprachlichen Niveau vermitteln, und die Erarbeitung sorbischsprachiger Lehr- und
1041 Lernmaterialien. Das Engagement der Sorben (Wenden) zum Erhalt ihrer Sprache bedarf
1042 dauerhaft der Unterstützung durch das Land.

1043 Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium.

1044

1045 **Qualifizierte Berufsausbildung**

1046 Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten
1047 Ausbildungsplatz. Das sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein.

1048 Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und
1049 Fähigkeiten, über die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können.
1050 Deutlich wird hier, dass Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden.
1051 In anderen Fällen werden Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt,
1052 statt auf die Ausübung des gewünschten Berufes vorbereitet zu werden.

1053 Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir
1054 legen auf beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze
1055 und andererseits um starke und gute Berufsschulen.

1056 Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten
1057 Übernahmechancen verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den
1058 Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden.
1059 Damit sich kleinere Unternehmen an der Berufsausbildung beteiligen können, streben wir
1060 eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Landesverwaltung
1061 nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die Ausbildungsquote hier ist minimal (1,25
1062 Prozent im Jahr 2007) – wir hingegen orientieren uns an mindestens 6 Prozent im
1063 Öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften.

1064 Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung
1065 für erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen
1066 Probleme berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium,
1067 um die fachgerechte Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur
1068 Sicherung der Qualität in Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung
1069 der Ausbildungsseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie
1070 Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

1071 Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die
1072 Berufstätigkeit oder in eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen
1073 Barrieren geprägt. Bildungsgänge, die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf
1074 berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen, sind abzuschaffen. Schulisch erworbene
1075 Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem anerkannt werden. Im Interesse einer
1076 besseren Ausbildung von Benachteiligten wäre das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) durch
1077 praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und durch
1078 effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen.
1079

1080 **Eine neue Hochschulpolitik**

1081 Die Brandenburgischen Hochschulen und das Land haben seit der Wende eine beachtliche
1082 Aufbauleistung vollbracht. Spitzenleistungen in einigen Bereichen von Forschung und Lehre
1083 sind Teil von erfolgreichen Kompetenzfeldern in Brandenburg und tragen somit zur Sicherung
1084 der Zukunft unseres Landes bei. In vielen Bereichen, etwa der Betreuungsrelation oder
1085 den Ausgaben pro Studierenden, ist Brandenburg aber schlecht aufgestellt. Die rasante
1086 Entwicklung in Wissenschaft und Gesellschaft erfordert ungeheure Anstrengungen für eine
1087 kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft, damit wir in diesem Bereich Schritt
1088 halten können: Brandenburg muss zu einem sozialen und modernen Hochschulland werden.
1089 Um dies zu erreichen, muss in der Hochschulpolitik umgesteuert und von der SPD/CDU-
1090 Koalition abgelehnte Impulse müssen aufgegriffen werden. Vor allem in den folgenden fünf
1091 zentralen Bereichen gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf:
1092

1093 **Soziales Studium – soziale Hochschule**

1094 Studiengebühren oder Studienkonten wird es mit uns nicht geben. Darüber hinaus muss ein
1095 Rahmen geschaffen werden, in dem Studierende sozial abgesichert sind und flexibel
1096 studieren können. Dazu gehört eine Studienorganisation, die ein Teilzeitstudium über die
1097 gesamte Dauer oder auch für einzelne Semester ermöglicht. Kinder- und Familienbetreuung,
1098 Arbeit neben dem Studium, ehrenamtliches oder politisches Engagement etc. dürfen nicht
1099 zu einer Gefährdung des Studienabschlusses führen. Die neu eingeführte Fristenregelung im
1100 Hochschulgesetz, nach deren Ablauf Exmatrikulation droht, muss umgehend wieder
1101 abgeschafft werden.
1102 Nötig ist kurzfristig eine weitere Erhöhung des BAföG, mittelfristig sollen elternunabhängige
1103 und rückzahlungsfreie Studienhonorare zumindest einen Teil des Lebensunterhalts für die
1104 Studierenden decken.
1105 Stellen für studentische MitarbeiterInnen sollen ausgebaut werden. Sie sind nach einer zu
1106 schaffenden tarifvertraglichen Regelung angemessen und Existenz sichernd zu entlohnen,
1107 beispielhaft verfährt hier Berlin. Die Hochschule darf kein Ort prekärer Beschäftigungsver-
1108 hältnisse werden. Daueraufgaben in diesen Bereichen müssen über unbefristete und
1109 tarifgerechte Beschäftigungsverhältnisse abgesichert werden. Zeitweilige Lehraufgaben
1110 müssen zusätzlich sein und auch sie sollen tarifvertraglich geregelt werden. Promovierende
1111 sollen grundsätzlich ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis für die Dauer ihrer Promo-
1112 tion bekommen.
1113 Die in den letzten Jahren finanziell massiv beschnittenen Studentenwerke sollen besser
1114 ausfinanziert werden.
1115

1116 **Qualität der Lehre**

1117 Die Lehre muss in der Bewertung der Leistungen der Hochschulen einen größeren
1118 Stellenwert bekommen. Dazu muss die Betreuungsrelation an den Hochschulen verbessert

1119 werden. Nur mit intensiver individueller Betreuung durch die Lehrenden kann Lehre
1120 qualitativ gut sein. Das verlangt den Aufbau von 250 zusätzlichen Personalstellen im
1121 Mittelbau bis 2012.

1122 Die Lehre muss im Schwerpunkt von Lehrenden mit ordentlicher Lehrbefähigung ausgeübt
1123 werden. Die Pflicht zur regelmäßigen pädagogischen und didaktischen Weiterbildung ist
1124 gesetzlich zu verankern. In Berufungsverfahren sollen diese Fähigkeiten in der Gesamtbe-
1125 wertung der BewerberInnen einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

1126 10 Jahre nach der Bologna-Erklärung stellt DIE LINKE fest, dass die Ziele der Studienreform
1127 nicht erreicht wurden. Das Bachelor-Master-System verschult das Studium, erhöht den
1128 Leistungsdruck, ist sozial selektiver und lässt ein „studium generale“ kaum zu. Aus unserer
1129 Sicht muss daher die Studienreform weiterentwickelt werden.

1130

1131 **Demokratie in der Hochschule**

1132 Hochschulen sind Schauplätze gesellschaftlichen Diskurses. Deshalb ist die
1133 gleichberechtigte Teilhabe aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen
1134 zwingend erforderlich. Dazu gehört die viertelparitätische Vertretung der Mitgliedergruppen
1135 in allen Entscheidungsgremien. Studierende sollen als größte Mitgliedergruppe auch in den
1136 Hochschulleitungen vertreten sein.

1137 Wir halten es für erforderlich, die Interessenvertretungen der Hochschulmitglieder intensiver
1138 und institutionalisierter in die Hochschulplanung und den Gesetzgebungsprozess auf
1139 Landesebene einzubinden. Die Landesvertretungen der Statusgruppen sollen ein gesetzlich
1140 verankertes Beteiligungs- und Anhörungsrecht für Gesetzgebungsvorhaben im
1141 Hochschulbereich erhalten. Außerdem wollen wir die Bildung von lokalen Hochschulräten,
1142 die über externe Mitglieder die Verankerung der Hochschulen in ihrem Umfeld und der
1143 Gesellschaft leisten, insgesamt verbessern.

1144

1145 **Freiheit von Forschung und Lehre**

1146 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das die Weiterentwicklung der
1147 Gesellschaft insgesamt sichert. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung der Hoch-
1148 schullandschaft darf sich nicht an kurzfristigen Erfordernissen des Marktes orientieren. Ins-
1149 besondere darf sich die Zuweisung von Landesmitteln nicht länger vornehmlich auf Studien-
1150 gänge konzentrieren, die durch ihren Praxisbezug ohnehin besonders guten Zugang zu Dritt-
1151 mitteln haben. Auch muss Raum für kritische Wissenschaft sein. Die Einheit von Lehre und
1152 Forschung muss gewährleistet bleiben. Experimente wie die Lehrprofessur lehnen wir ab.

1153 Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört auch die Freiheit des Studiums. Studierende
1154 müssen das Recht und die Möglichkeit haben, vielfältige Lehrangebote wahrnehmen und
1155 dabei Erfahrungen außerhalb ihres Kernfaches sammeln zu können. Die immer stärkere
1156 Verschulung des Studiums im Rahmen der Studienreform konterkariert das freie Studium
1157 und wird von uns abgelehnt.

1158

1159 **Hochschulzugang**

1160 Brandenburg hat eine niedrige Bildungsbeteiligung. Deswegen lautet unser Schwerpunkt:
1161 Mehr Studierende statt zusätzlicher Zugangshürden. Nur durch eine Erhöhung der
1162 Studierquote kann dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Bereits in
1163 der Schule muss das Interesse für das Studium geweckt und dafür geworben werden. Die
1164 Studienangebote müssen die Wünsche und Interessen von Frauen stärker berücksichtigen –
1165 insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, aber auch in den Geisteswissenschaften.

1166 Weiterhin müssen die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen soweit wie möglich
1167 flexibilisiert werden. Neben dem Abitur sollen künftig auch der Abschluss einer Ausbildung,
1168 entsprechende Berufserfahrung oder sonstige Eignungsnachweise zum Studium
1169 berechtigen. Zulassungsbeschränkungen in konsekutiven Studiengängen gehören grundsätz-
1170 lich abgeschafft. Jede und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die
1171 Chance haben, auch den entsprechenden Master-Studiengang zu belegen, um sich weiter zu
1172 qualifizieren. Generell fordern wir: Der Master ist der Regelabschluss.

1173

1174 **Weiterbildung**

1175 Wieder und wieder ist in Brandenburg von Fachkräftemangel die Rede. Dieser Mangel hat
1176 viele Ursachen. Wir halten es für geboten, ihm mit einer Qualifizierungsoffensive entgegen zu
1177 wirken.

1178 Dabei steht mehr zur Debatte als nur eine gesellschaftliche Reparaturmaßnahme. Bildung
1179 wird mehr und mehr zu einem lebensbegleitenden Prozess. Das bedeutet, dass die nach
1180 allgemeiner, universitärer oder beruflicher Erstausbildung einsetzende Weiterbildung zu
1181 einem immer wichtigeren Bestandteil des gesamten Bildungssystems wird. Schon jetzt ist
1182 der Weiterbildungsbereich hinsichtlich seiner Teilnehmerzahlen der größte Bildungssektor.
1183 Dennoch kommt er – trotz großen Engagements von vielen Institutionen und Lehrkräften –
1184 noch nicht systematisch und effektiv dem nach, was sich an gesellschaftlichen und privaten
1185 Herausforderungen mit dem „lebensumspannenden Lernen“ verbindet.

1186 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung grundlegend zu verbessern. Was getan
1187 und unternommen wird, funktioniert besser und erbringt mehr, wenn es sinnvoll vernetzt ist,
1188 wenn sich die Anstrengungen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen einen
1189 Rechtsanspruch auf betriebliche Weiterbildung, eine innovative betriebliche Weiterbildungs-
1190 politik, Initiativrechte der Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und
1191 Betriebsvereinbarungen, die Verpflichtung der Betriebe auf eine laufende Ermittlung des
1192 Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche Weiterbildungsförderung. Dazu kommt:
1193 Das brandenburgische Weiterbildungsgesetz bietet schon jetzt mehr, als genutzt wird.

1194 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir das Netz an Volkshochschulen und anderen
1195 Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt erhalten und stützen. Das heißt u. a., dass der in der
1196 Weiterbildungsverordnung benannte Finanzierungsschlüssel von 2 400 Unterrichtseinheiten
1197 je 40 000 Einwohner ausgeschöpft wird. Die Förderung je Unterrichtsstunde soll auf 25 Euro
1198 steigen. Die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten sind bei der Bemessung der
1199 Grundversorgung zu berücksichtigen und die regionalen Weiterbildungsbeiräte zu stärken.

1200

1201 **Kultur für alle gewährleisten**

1202 Angesichts der Unterfinanzierung von Kunst und Kultur im Land Brandenburg, der
1203 zunehmenden Diskrepanz zwischen Metropole und Randgebieten, der demografischen
1204 Entwicklung und teilweise drückender sozialer Probleme stellt sich scheinbar die Frage, ob
1205 wir uns Kunst und Kultur überhaupt noch leisten können. Selbst Bildung wird immer wieder
1206 auf den Status eines Standortfaktors oder Kennzeichen von „Humankapital“ reduziert. Aber
1207 der wirkliche Rahmen der Bildung ist die Kultur.

1208 Wir halten auch unter den veränderten Bedingungen in diesem Sinne am Anspruch einer
1209 Kultur für alle fest. Kultureller Selbstausdruck und Teilhabe an Kultur sollen nicht Vorrecht,
1210 sondern Möglichkeit für alle sein. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir uns kulturelle und
1211 künstlerische Einrichtungen noch leisten können, sondern darum, welche neuen und
1212 komplizierter werdenden Aufgaben vor demokratischer Kulturpolitik stehen.

1213 Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen, Kultur als Pflichtaufgabe gesetzlich zu
1214 verankern. Kultur als Staatsziel gehört ins Grundgesetz.

1215 Zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen bei der Förderung von Kultur gibt es
1216 keine Alternative. Sie ist notwendiger denn je. DIE LINKE setzt sich für eine zeitgemäße
1217 Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus ein. Allerdings ist es dazu notwendig,
1218 eine tatsächliche Kooperation zwischen Landesebene und kommunaler Ebene zu befördern
1219 und nicht die finanzielle Last immer mehr auf die Kommunen zu verlagern. Nur so kann
1220 erreicht werden, dass auch Kommunen entsprechende Verpflichtungen verbindlich
1221 eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte durch privates und wirtschaftliches Engagement
1222 ergänzt (nicht ersetzt) werden.

1223 Wir sehen das Land in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und
1224 zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den
1225 notwendigen Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der Hochkultur
1226 entsprechen. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen, die zu einem großen Teil seit
1227 mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere
1228 der DOMOWINA-Verlag und die Zeitungen, müssen auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag
1229 zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der beiden sorbischen Sprachen leisten.

1230 Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen Minder-
1231 heitenabkommen angemessen zu fördern.

1232

1233 **Kulturelle Bildung**

1234 Kulturpädagogische und künstlerische Einrichtungen und Vereine bilden einen Schwerpunkt
1235 kulturpolitischer Arbeit der LINKEN. Das auch in der Fläche des Landes relativ gute Netz von
1236 künstlerischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche soll erhalten werden. DIE LINKE
1237 setzt sich dafür ein, Möglichkeiten zu finden, von der Projektförderung zu einer langfristig
1238 angelegten institutionellen Förderung überzugehen.

1239 Wir werden bis Ende 2010 eine Konzeption Kulturelle Bildung im Land Brandenburg mit dem
1240 Schwerpunkt kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vorlegen. Damit nehmen wir
1241 die Anregungen der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in
1242 Deutschland“ auf. Kulturelle Bildung ist konzeptionell wie in der praktischen Arbeit eine
1243 ressortübergreifende Aufgabe.

1244 Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist
1245 Medienkompetenz zu einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungs-
1246 möglichkeiten geworden. Kulturelle Bildung muss sich dieser Herausforderung stellen.
1247 Medienkompetenz setzt einen ungehinderten Zugang zum Internet in Schulen, Hochschulen,
1248 Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen voraus.

1249

1250 **Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen**

1251 Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erinnerungskultur. Gedenken an die von 1933
1252 bis 1945 begangenen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung von Millionen
1253 Menschen, muss im Mittelpunkt dieser Kultur stehen. Wir setzen uns für die (nicht nur)
1254 finanzielle Unterstützung heute noch lebender Opfer ein und fördern den Kontakt der letzten
1255 Überlebenden des NS-Terrors zu Nachgeborenen. Wir plädieren für eine wirkliche Integration
1256 der Brandenburger Gedenkstätten der Verbrechen der Nazis in den Lehrplan. Wir fordern
1257 daher die Einrichtung einer Stiftung oder Stelle, die auch in die Stiftung Brandenburgische
1258 Gedenkstätten integriert sein kann, die LehrerInnen bei der Vorbereitung von Gedenkstät-
1259 tenbesuchen unterstützt und eine wichtige Schnittstelle zwischen Brandenburgs Schulen
1260 und den pädagogischen Diensten der Gedenkstätten ist. Über die inhaltliche Unterstützung
1261 hinaus muss der Besuch dieser und anderer Gedenkstätten, auch in anderen Ländern, durch
1262 das Land Brandenburg finanziell gesichert werden.

1263 20 Jahre nach dem Mauerfall fühlen wir uns auch dem Erinnern der DDR und ihrem

1264 Scheitern verpflichtet. Die Konstruktion eines pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismuskon-
1265 zepts, das DDR und „III. Reich“ als zwei „deutsche Diktaturen“ gleichsetzt, lehnen wir
1266 entschieden ab. Wir fordern vielmehr eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung
1267 mit dem in der DDR begangenen Unrecht, mit dem Alltag für die BürgerInnen und mit den
1268 Gründen ihres Scheiterns – fernab von Nostalgie und unter Einbeziehung der Erfahrungen
1269 und Erinnerungen der BrandenburgerInnen.
1270

1271 **Musikschulen**

1272 Ausgehend von den Forderungen der Fachgremien, die auf eine zunehmende Schülerzahl an
1273 Musikschulen verweisen können, setzen wir uns für eine grundsätzliche Neuregelung der
1275 Finanzierung und Personalausstattung vom Land anerkannter
1277 Musikschul- und Kunsteinrichtungen ein. Ein novelliertes
1279 Musikschulgesetz ist deshalb notwendig. Ziel dieses Projektes ist
1281 es, eine langfristige durch Verträge gesicherte Arbeit der
1283 Musikschulen zu gewährleisten, die sowohl die musikalische
1285 Früherziehung als auch, Breitenausbildung und Talentförderung
1287 berücksichtigt. Außerdem geht es darum, die Aufgaben der
1289 Musikschulen zu erweitern und Musikschulen noch stärker mit
1290 Kindergärten (Kindertagesstätten) und Schule, besonders im Ganztagsangebot, zu
1291 vernetzen, um sozialpädagogische Aufgaben noch besser übernehmen zu können.

1292 Wir würdigen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachverbände und setzen uns sich für eine
1293 konstruktive Unterstützung ein. Das betrifft zum Beispiel den Landesmusikrat, „Jugend
1294 musiziert“ oder auch kleinere Initiativen wie „Bassini“. Wir setzen uns für die Unterstützung
1295 und Weiterentwicklung von Schulensembles und Schulchören ein.

1296

1297 **Theater und Bibliotheken**

1298 Wir werden alles tun, um die jetzt bestehenden Theater des Landes langfristig zu sichern.
1299 Der Schwerpunkt ist dabei, die Ensemble-Theater zu erhalten. Wir setzen uns für eine
1300 bessere Unterstützung der freien Theater ein.

1301 Wir werden prüfen, ob anknüpfend an gute Erfahrungen mit Schüler- und Jugendtheaterta-
1302 gen an verschiedenen Einrichtungen die Errichtung einer „Theaterschule“ möglich ist. Hier
1303 könnten brandenburgische Schulen im Rahmen des Unterrichtsfaches Darstellendes Spiel
1304 oder entsprechender Arbeitsgemeinschaften Wochenkurse belegen.

1305 Nach unserer Überzeugung kommt den Bibliotheken im Land Brandenburg bei der Förderung
1306 von generationsübergreifender kultureller Bildung eine herausragende Rolle zu. In Anlehnung
1307 an die guten Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Musikschulgesetz wollen wir ein
1308 Landesbibliotheksgesetz auf den Weg bringen.

1309

1310 **Mehr Mut zu Entscheidungen**

1311 Die Abstimmung und Förderung einzelner Kultursparten und Aufgabenbereiche erfordert
1312 nach unserer Auffassung mehr Mut zu Entscheidungen – sowohl innerhalb des Landesres-
1313 sorts Kultur wie auch in möglicher Auseinandersetzung mit anderen Ressorts. Das gilt für
1314 Musik und Tanz, für Museen, Galerien, Heimatstuben und Heimatvereine, für Literatur, Bau-
1315 kultur, Film und Fernsehen, für Kulturaufgaben der Kirchen und Weltanschauungsgemein-
1316 schaften, für Kulturfeste und Kulturstiftungen. Und es gilt bis hin zu internationaler
1317 Kulturarbeit.

1318 Im Einzelnen werden wir uns z. B. stark machen für Babelsberg, für das Cottbuser Festival
1319 des Osteuropäischen Film, für die Weiterführung der Cottbuser Kulturstiftung auch nach

Schlüsselvorbaben 11:
**Neues
Musikschulgesetz –
Finanzierung und
Personalausstattung**

1320 2013, für das Kulturland Brandenburg und auch für die Kulturwirtschaft.
1321 Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden steht weiterhin im
1322 Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.
1323 Großes Augenmerk richten wir auf die Unterstützung der bildenden Künste. Wir wollen eine
1324 gesetzlich geregelte Ausstellungsvergütung.
1325

1326 **Medien**

1327 Medien und Kultur gehören auf das Engste zusammen. Medienkommunikation und
1328 Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer
1329 Beteiligung, bestimmen unsere Lebensweise mit. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung
1330 fördern, Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen
1331 und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen. Medien müssen der Gesellschaft und dem
1332 Einzelnen die Möglichkeit geben, sich umfassend zu informieren und sich vielstimmig zu
1333 artikulieren. Stärkung und Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind eine kulturelle
1334 Herausforderung! Seine Aufgaben und sein Stellenwert müssen neu definiert und der
1335 Medienstandort Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Dazu gehört neben einer klugen
1336 Förderpolitik für die Kreativwirtschaft das Ringen um den seit langem notwendigen
1337 Finanzausgleich innerhalb der ARD, der für die finanzielle Absicherung des Rundfunk Berlin-
1338 Brandenburg wesentlich ist. Wir treten konsequent für ein neues solidarisches
1339 Rundfunkgebührenmodell ein, welches sozial ausgestaltete Befreiungstatbestände
1340 beinhaltet sowie Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren ausschließt. Der Empfang des
1341 öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben.
1342 Im Zeitalter moderner Kommunikation ist der Internetzugang mittlerweile so existenziell wie
1343 die Energieversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Als Aufgabe im Rahmen der öffentlichen
1344 Daseinsvorsorge steht DIE LINKE für eine zeitnahe flächendeckende Versorgung im Land
1345 Brandenburg mit Internet.

1346 **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen,**
1347 **Rechtsstaat stärken, Toleranz leben**

1348

1349 Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und
1350 wie das gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und
1351 Musterregionen hier und da. Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger
1352 dort zurechtkommen, wo sie wohnen, ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen
1353 haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich gleichbehandelt werden oder nicht. Das
1354 reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der Landesverfassung über die der
1355 Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union bis hin zur konsequenten Umsetzung
1356 der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des
1357 gesellschaftlichen Lebens.

1358 Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer
1359 Landesverfassung stark machen, wonach es in allen Regionen Brandenburgs gleichwertige
1360 Lebensbedingungen geben soll.

1361

1362 **Starke Kommunen**

1363 Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte,
1364 Dörfer und Landkreise.

1365 Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter
1366 aus der Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse
1367 der Gemeinschaft unverzichtbar sind.

1368 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden
1369 Erfordernissen anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert
1370 werden – das muss in den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können –
1371 mit klaren Kompetenzen und den nötigen Finanzen.

1372 Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den
1373 Kreisen und den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs-
1374 und Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden.
1375 Die Strukturen sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu
1376 orientieren. Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und
1377 Kompetenzgerangel zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden.
1378 Über moderne Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen.
1379 Grundlage ist das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von
1380 Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel.

1381 Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die
1382 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das
1383 fünfte Rad am Wagen der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die
1384 Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs- und Kontrollrechten gegenüber der
1385 Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner Informationsverarbeitung und
1386 Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die Handlungsspielräume für
1387 kommunale Unternehmen und Einrichtungen erweitert und der Prozess der Rekommunalisie-
1388 rung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

1389

1390 **Zentrale Orte**

1391 Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen.
1392 Der demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben,

1393 soziale Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der
1394 Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu
1395 gestalten. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwoh-
1396 nerzahlen sind viele zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher
1397 Tragfähigkeit nicht mehr in der Lage, die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu
1398 erbringen.

1399 Die Landesregierung versucht, das Problem durch die Auflösung der unteren Kategoriestufe
1400 der zentralen Orte zu lösen. Die Grundzentren sind weggefallen, damit sich die Mittelzentren
1401 als tragfähige funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein
1402 Problem wirklich gelöst. Die Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden
1403 größer, zugleich bleibt die ungleiche und dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit
1404 zentralörtlicher Dimension und Qualität bestehen. Das Land zieht sich aus weiten Teilen
1405 seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück. So geht es nicht. Wir treten dafür ein,
1406 dass die bisherigen Grundzentren für eine Übergangszeit eine verstärkte Förderung erhalten,
1407 damit sie ihre sozialen- und Umlandfunktionen wahrnehmen können.

1408 Nötig aber ist ein Systemwechsel. Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf
1409 drei Komponenten:

1410 Zum Ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die
1411 jeweils das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im
1412 Einzugsbereich mit dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere
1413 Konzentration auf die zentralen Orte der einzelnen Regionen sinnvoll.

1414 Zum Zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den
1415 Grund- und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige
1416 Träger der Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der
1417 Qualität, Kapazität und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

1418 Zum Dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

1419

1420 **Interkommunale Zusammenarbeit**

1421 In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Gemein-
1422 samkeiten über Kreisgrenzen hinweg.

1423 Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine
1424 Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame
1425 Projekte realisieren. Dies können neben nur Wasser und Abwasser auch der gemeinsame
1426 Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche
1427 Entwicklungsmaßnahme, die die Kraft und Kompetenz einzelner Partner übersteigt, sein. Das
1428 Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit ist entsprechend anzupassen, die Landkreise
1429 müssen dafür Verantwortung übernehmen können. Projekte interkommunaler Zusammen-
1430 arbeit hat das Land stärker durch spezielle Förderprogramme und durch regelmäßigen
1431 Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im Rahmen der Experimentierklausel wollen wir
1432 entsprechende Spielräume schaffen.

1433 Um die Potenziale der Regionen zu entwickeln und zu nutzen, halten wir außerdem eine
1434 engere Koordinierung und Vernetzung der Handlungsstrategien von Wirtschaftsförderung,
1435 Landesplanung und gegebenenfalls der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die
1436 Gestaltung von Regionen für erforderlich. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen
1437 politisch und wirtschaftlich gestärkt und durch die klare Bestimmung ihrer Aufgaben und die
1438 bewusste Nutzung ihrer Erfahrungen stabilisiert werden. Entscheidungen zur Landesentwick-
1439 lung gehören unter Parlamentsvorbehalt.

1440 **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

1441 Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen,
1442 wenn die finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber entwickeln sich die Verhältnisse
1443 immer weiter auseinander; Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern
1444 verschärfen sich. So geht es nicht weiter. Eine nachhaltige auskömmliche Kommunalfinanzierung
1445 ist mit den gegenwärtigen Regelungen im Finanzausgleichsgesetz nicht
1446 gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich verändert werden. Unser
1447 Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes über die
1448 Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Millionen Euro
1449 abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden
1450 insbesondere in den ländlichen Gebieten, z.B. durch einen demografischen Faktor,
1451 ausgestaltet werden. Damit es zu einer vernünftigen Neuregelung kommt, müssen die
1452 Kommunen selbst und auch der Landtag eine größere Rolle spielen. Deswegen wollen wir
1453 den im derzeitigen Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Beirat zu einer Gemeindefinanzkommission
1454 aufwerten. Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene konsequent für eine
1455 Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am öffentlichen
1456 Finanzaufkommen erhöht wird.
1457

1458 **Wohnen ist Menschenrecht**

1459 Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die
1460 dynamischen und strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes
1461 und den sich vollziehenden Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die
1462 unterschiedlichsten sozialen, ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die
1463 demografische Entwicklung zwingt zu notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt.
1464 Deshalb muss der Stadtumbau weitergehen! Aber mit veränderten Prioritäten - weg vom
1465 Abriss hin zur Aufwertung unserer Städte. Wichtig ist hierbei für uns, dass die Bürgerbeteiligung
1466 an diesem Prozess gefördert wird. Denn: Der Stadtumbau muss Sache derer sein, die
1467 in den Städten wohnen und leben!

1468 In den vergangenen Jahren stiegen die Wohnkosten auch in Brandenburg enorm. In
1469 Brandenburg müssen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30 Prozent des Einkommens für
1470 die Wohnkosten aufgewendet werden - mit steigender Tendenz. Dieser Entwicklung muss
1471 Einhalt geboten werden. Erforderlich sind u. a. eine Änderung der Mietgesetzgebung, die
1472 Reduzierung der kommunalen Gebühren, vor allem aber die Stärkung der kommunalen und
1473 genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

1474 Die Wohnungsversorgungssituation im Land ist differenziert zu betrachten. In Brandenburg
1475 stehen sich Regionen mit Wohnungsmangel und Regionen mit großem Wohnungsüberangebot
1476 gegenüber. Dennoch bleibt die Forderung, dass die Wohnraumstruktur dem veränderten
1477 Bedarf angepasst werden muss. Auch hier erfordert der demografische Wandel sich diesen
1478 neuen Bedingungen zu stellen: Wir brauchen Wohnungen für alle Generationen, mit
1479 Schwerpunkten auf altersgerechtem Wohnen und Singlewohnungen.

1480 Eine Grundforderung unsererseits ist die generelle Streichung der Altschulden der
1481 Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen zahlen heute ca. ein Euro je qm Wohnfläche aus
1482 den Nettomieteinnahmen für die Bedienung der Altschulden. Erst nach Streichung der so
1483 genannten Altschulden werden die Wohnungsunternehmen wieder zusätzliche Spielräume
1484 für Investitionen und freiwillige soziale Projekte haben. Auch angesichts der aktuellen
1485 Finanzkrise wäre das ein bedeutender Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft.

1486 Wir brauchen in Brandenburg ein soziales Marktsegment an Wohnungen.

1487 **Umweltgerechte Mobilität für alle sichern**

1488 Im Flächenland Brandenburg hat die Sicherung von Mobilität für alle Menschen größte
1489 Bedeutung. Denn sie ist wesentliche Grundlage für Lebensqualität und persönliche Freiheit,
1490 ist ein Schlüssel zur Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe, ermöglicht
1491 die volle Teilnahme am Arbeitsleben, an Bildung und Kultur, am Gesundheitswesen, an
1492 demokratischen Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

1493 Viele Autobahnen und Schienenwege sind in den vergangenen Jahren ausgebaut und
1494 modernisiert worden. Doch trotz einer leistungsfähigeren Infrastruktur blieb die Verkehrs-
1495 politik der Koalition auch sozial und ökologisch unverträglich. Unwirtschaftliche Verkehrs-
1496 projekte wie der Havelausbau wurden vorangetrieben und überdimensionierte Ortsumgehun-
1497 gen gebaut. Die Bedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurden
1498 weiter verschlechtert, der Straßenverkehr wuchs übermäßig – und mit ihm wuchsen die
1499 Umweltbelastungen. Liniennetze des ÖPNV wurden ausgedünnt und ganze Regionen sind
1500 mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Die Fahrpreise im Bereich des
1501 Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stiegen an und für die Schülerbeförderung
1502 wurden Kostenbeteiligungen für die Eltern eingeführt. Das Unfallrisiko auf Brandenburgs
1503 Straßen bleibt unverträglich hoch. Die Landesregierung hat den wachsenden Verkehr nur
1504 verwaltet, nicht aber zukunftsfähig gestaltet.

1505 Wir stellen dieser Politik ein Konzept von Mobilität entgegen, das sozialen und ökologischen
1506 Anforderungen gerecht wird. Wir treten für einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik ein, der
1507 auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung ausgerichtet ist. Ein
1508 umweltgerechtes Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge verlangt ein
1509 engmaschiges und flexibles öffentliches Verkehrsnetz, das nicht nur den spezifischen
1510 Anforderungen von Berufspendlern und des Schülerverkehrs gerecht wird, sondern auch
1511 Mobilität für Weiterbildung, Sport, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Naherholung garantiert sowie
1512 Kommunikation und Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Wir
1513 verstehen dieses Netz als Umweltverbund vom ÖPNV mit dem Regionalverkehr auf der
1514 Schiene (SPNV) sowie Fahrrad- und Fußgängerverkehr, das eine attraktive Umstiegsvariante
1515 für Autofahrer und zugleich ein Angebot für naturverträglichen Tourismus (Rad-, Wasser- und
1516 Kulturtourismus) bietet.

1517 Die politische Herausforderung ist angesichts vorhandener Versorgungslücken und Defizite
1518 im öffentlichen Verkehrsnetz groß. Finanziell können wir dies durch Optimierung aller
1519 Finanzierungsströme von EU und Bund sowie durch den zielgerichteten und effektiven
1520 Einsatz von Landesmitteln schultern.

1521

1522 **Verkehrspolitische Kurswechsel**

1523 Ein verkehrspolitische Kurswechsel erfordert energische Schritte zur Stärkung des
1524 Bahnverkehrs durch Infrastrukturverbesserungen im Schienennetz sowie die attraktive
1525 Gestaltung der Bahnhöfe in der Fläche.

1526 Qualitätsverbesserungen im ÖPNV und im schienengebundenen Regionalverkehr durch
1527 flächendeckende Taktzeitangebote, die bessere Vernetzung von Linien/Strecken und
1528 Verknüpfungen der verschiedenen Verkehrsträger sowie der Einsatz von flexiblen bedarfs-
1529 orientierten Verkehrsmitteln (z. B. Rufbus) insbesondere im ländlichen Raum sind dringend
1530 geboten.

1531 Ein barrierefreier Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Wir
1532 wollen auch die sozialen Mobilitätsbarrieren durch ein sozial gerechtes Tarifsysteem abbauen
1533 und vorhandene Fahrpreisregelungen wie Sozialticket (Mobilitätsticket), Semesterticket,
1534 Schülerfreizeiticket, Ferienticket, Senienticket erhalten, qualifizieren und weiteren
1535 Nutzergruppen zugänglich machen.

1536 Beim Straßenbau wollen wir uns gemäß Landesstraßenbedarfsplan auf die Instandsetzung
1537 und Instandhaltung des Straßennetzes und auf die Sanierung kommunaler Straßen
1538 konzentrieren. Den wachsenden Belastungen durch den Lkw-Verkehr auf der Straße muss
1539 durch eine konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße und
1540 durch Optimierung des kombinierten Verkehrs (Straße, Schiene, Wasser) in den
1541 Güterverkehrszentren (GVZ) begegnet werden.

1542 Wir setzen auf eine Verbesserung des Fahrradverkehrs durch beschleunigten Radwegebau
1543 und durch Erstellung einer Radwegekonzeption, die länderübergreifend die vorhandenen
1544 Radwege vernetzt und auf die Anforderungen verschiedener Nutzergruppen (Berufspendler,
1545 Schüler, Touristen, Gewerbe) zugeschnitten ist.

1546 Auch für Wasserstraßen steht die vorrangige Nutzung der ausreichend vorhandenen
1547 Kapazitäten im Vordergrund. Wir setzen auf eine behutsame Sanierung und Modernisierung
1548 von Wasserläufen und Hafenanlagen. Das Verkehrsprojekt 17 ist endgültig zu stoppen.

1549

1550 **Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen**

1551 Verkehrsbedingte Belastungen wie durch Lärm, Luftschadstoffe (Feinstaub) und CO₂
1552 beeinträchtigen die Gesundheit und schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein.
1553 Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung von Lärm und Schadstoffen müssen primär
1554 an der Quelle erfolgen und vorrangig durch Verkehrsvermeidung, -reduzierung und -
1555 verlagerung getrieben sein. Belastungsminderungen wie etwa bei Lärm erfordern, die
1556 Verkehrswege (Straße, Schiene) auf belastungsarme Betriebsweisen ausulegen und von
1557 vornherein Tempolimits als aktive Präventionsmaßnahme vorzusehen.

1558 Den Belastungen durch Fluglärm ist durch einen großräumigen passiven und aktiven
1559 Anwohnerschutz unter Einhaltung von Nachtflugverboten zu begegnen. Das trifft sowohl für
1560 den Flughafen BBI in Schönefeld mit allein ca. 120 000 davon Betroffenen wie für weitere
1561 Verkehrslandeplätze in Brandenburg zu. Eine attraktive Bahnanbindung an den BBI-
1562 Flughafenbahnhof ist schnellstmöglich zu realisieren, damit ca. 50 Prozent der Fluggäste mit
1563 der Bahn an- und abreisen können. Durch attraktive Fernbahnverbindungen sind
1564 Kurzstreckenflugverkehre bis 600 km schrittweise abzulösen.

1565 Die Unfallzahlen im Land Brandenburg müssen drastisch gesenkt werden. Dazu bedarf es
1566 eines umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche
1567 Akzeptanz für das Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den
1568 Bereichen Bildung, Verkehr, Soziales, Umwelt sowie der Polizei zur Senkung des Unfallrisikos
1569 umsetzt. Wir setzen auf einen gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer
1570 miteinander im öffentlichen Straßenraum, auf Prävention statt Repression. Für die
1571 Autobahnen streben wir ein generelles Tempolimit von 130 km/h an; für alle Teilnehmer am
1572 Straßenverkehr soll Alkohol tabu sein.

1573

1574 **Gesundheitsversorgung**

1575 Damit Menschen sich in ihrer Region gut aufgehoben wissen, brauchen sie Sicherheit für
1576 ihre gesundheitliche Versorgung. Auch hier ist noch immer viel zu tun. Seit Jahren wird im
1577 Land über Ärztemangel geredet. Die Bürger beklagen immer längere Wege und Wartezeiten;
1578 es hat sich kaum etwas positiv verändert.

1579 Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation
1580 von öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. Das Land
1581 hat durch insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie auch durch gezielte Förderung dazu
1582 beizutragen, dass sich wieder mehr Ärzte vor allem in den ländlichen Räumen ansiedeln. Wir
1583 sind für die Einbindung der „Gemeindeschwester“ in die gesundheitliche Versorgung. Sie ist
1584 zuverlässige Partnerin der Bürgerinnen und Bürger wie auch der praktizierenden Ärzte vor

1585 Ort, aber sie kann kein Ärztersatz sein.
1586 Große Bedeutung haben in unserem Konzept Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention. Wir wollen sie zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens entwickeln und
1587 den Öffentlichen Gesundheitsdienst, vor allem im Ausgleich sozialer Unterschiede stärken.
1588
1589 Gesundheit darf keine Ware sein. Wir verweigern eine weitere Privatisierung von
1590 Krankenhäusern und setzen uns für eine Re-Kommunalisierung ein. Das Land muss die
1591 kontinuierliche Finanzierung der Investitionen zur Modernisierung der Krankenhäuser
1592 sicherstellen.
1593

1594 **Brandenburgs Jugend**

1595 Brandenburgs Zukunft lebt auch davon, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann
1596 und will. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der
1597 Regionen und die stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die
1598 Voraussetzung dafür - aber auch eine Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute
1599 animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu gestalten, also: eine deutlich bessere Jugendarbeit
1600 als bisher.

1601 Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall
1602 im Land Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet
1603 werden können.

1604 Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt.
1605 Wir gehen davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialar-
1606 beiter bekommt.

1607 Viele Jugendliche möchten sich im Freiwilligen Ökologischen oder Sozialen Jahr engagieren -
1608 es gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden.

1609 Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten bleiben.

1610 Weit stärkere Anstrengungen sind zu unternehmen, um die soziokulturelle Jugendarbeit zu
1611 unterstützen. Das ist für das Flächenland Brandenburg eine schwierige, aber notwendige
1612 Aufgabe.

1613

1614 **Sport**

1615 Gute Freizeitmöglichkeiten und Sport gehören eng zusammen. Mit der durch den
1616 Landeshaushalt festgelegten institutionellen Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, ist
1617 ein erster Schritt für eine stabile und nachhaltige Förderung des Sportes getan. Das muss
1618 ausgebaut werden. So soll der Zugang zu Sportangeboten für Kinder und Jugendliche
1619 gebührenfrei sein, da gerade im ländlichen Raum der Sportverein häufig die einzige
1620 Möglichkeit der begleiteten Freizeitgestaltung bietet. Deswegen wollen wir das
1621 Sportfördergesetz in diesem Sinne präzisieren. Sportförderung umfasst den Breiten- und
1622 Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, Sportwissenschaften und Sportmedizin sowie
1623 die qualifizierte Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung
1624 auch im Behinderten- und Rehabilitationssport.

1625 Wir sehen in einer Erhöhung der Landesmittel für Sportstätten einen zwingenden Weg zur
1626 Verbesserung der Sportstättensituation, da sowohl Kommunen als auch Vereine langfristig
1627 nicht in der Lage sind, Sportstätten zu sanieren und zu unterhalten.

1628 Sport ist eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familien-
1629 politik, Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

1630 **Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger**

1631 Brandenburgs Wiedergeburt vor 20 Jahren war Ergebnis eines demokratischen Aufbruchs in
1632 der späten DDR. An seiner Wiege stand die Erfahrung: Demokratie lebt „von unten“, von den
1633 Bürgerinnen und Bürgern her. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Menschen zur
1634 Mitbestimmung einladen und die Chancengleichheit wahren. Es braucht Gestaltungsspiel-
1635 räume und Gestaltungspotenziale - und auch ein solides materielles Fundament sowie frei
1636 verfügbare Zeit.

1637 Direktdemokratische Verfahren, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen,
1638 unmittelbar und maßgeblich an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sollten
1639 nicht folkloristisches Feigenblatt, sondern zentraler Bestandteil jeder Demokratie sein, die
1640 sich der eigentlichen Bedeutung des Wortes verpflichtet fühlt. Sinkende Wahlbeteiligung und
1641 die schwindende Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik haben
1642 ihren Ursprung auch in den mangelnden Möglichkeiten zur direkten Teilhabe am politischen
1643 Prozess.

1644 Elemente direkter Bürgerbeteiligung können diesem Trend allgemeiner Politikverdrossenheit
1645 entgegen wirken. Gleichzeitig dienen Volksabstimmungen der Kontrolle parlamentarischer
1646 Politik. Durch die direkte legislative Funktion von Volksentscheiden können Gesetze
1647 erlassen werden, welche den Mehrheitswillen der Bevölkerung unmittelbar widerspiegeln.

1648 Aus diesen Gründen fordern wir die Anpassung des Gesetzes über das Verfahren bei
1649 Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Wir fordern, dass in Brandenburg -
1650 genauso wie zum Beispiel in Berlin, Niedersachsen oder Sachsen - die Unterschriften für ein
1651 Volksbegehren auf der Straße gesammelt werden können. Das Leisten der Unterschrift in
1652 einem Amt ist angesichts der Flächen- und Ämterstruktur in Brandenburg und ohne
1653 hinreichenden Nahverkehr eine enorm hohe Hürde für die BürgerInnenbeteiligung.

1654 Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an
1655 Wahlen teilnehmen, indem Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss
1656 ausgestattet werden.

1657 Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur
1658 Bürgerkommune können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in
1659 die eigenen Hände nehmen. Bürgerschaftliches Engagement in Beiräten und Bürgerinitiati-
1660 ven muss stärker anerkannt und gefördert werden.

1661 Wir fordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Für
1662 uns gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der
1663 Informations- und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der
1664 Rolle der Opposition und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung
1665 unzeitgemäßer Privilegien.

1666

1667 **Stärkung der Bürgerrechte**

1668 Demokratie setzt Rechtsstaatlichkeit voraus. Wir erleben aber gegenwärtig, wie in einem
1669 Klima von Bedrohungsängsten Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgebaut und
1670 zugleich die Eingriffe in die Grundrechte ausgeweitet werden. Politische Praxis und aktuelle
1671 Rechtsprechung höhlen das Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der
1672 Privatsphäre, die Unantastbarkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis oder das Recht auf in-
1673 formationelle Selbstbestimmung. Unsere Gesellschaft braucht aber einen starken
1674 Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten und Normen des
1675 Grundgesetzes ausrichtet, indem er sowohl der Verwirklichung der Freiheitsrechte als auch
1676 der sozialen Gerechtigkeit dient.

1677 Die jüngsten Überwachungsskandale bei Telekom und Deutscher Bahn haben uns mit aller
1678 Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Grundrechte der Bürger hierzulande durchlöchert werden.

1679 Die technischen Möglichkeiten sind grenzenlos, wenn es darum geht, persönliche Daten
1680 über den Einzelnen zu sammeln – sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen.
1681 Die Methoden sind gleich. Die Motive sind verschieden: unter der Flagge der
1682 Terrorbekämpfung für die Sicherheit, zur vermeintlichen Bekämpfung von Korruption, bei der
1683 Überwachung von Sozialhilfeempfängern oder einfach um zu wissen, wie und was wir
1684 konsumieren. Bürgerliche Freiheitsrechte, und dazu gehört das Recht auf Privatsphäre, sind
1685 Kernbestand unseres Grundgesetzes. Diese Rechte aufzuweichen oder gar einzuschränken,
1686 mit welchem Motiv auch immer, gefährdet unsere Demokratie. Bürgerrechte bedeuten keine
1687 Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens, sie sind das Fundament unseres
1688 politischen Systems. Das sagen wir im vollen Bewusstsein unserer zum Teil bitteren
1689 historischen Erfahrungen. Es gibt für uns heute keine Gegenüberstellung von sozialen und
1690 politischen Rechten. Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen gehen Hand in
1691 Hand. Sicherlich gibt es Möglichkeiten des Schutzes und der Verhinderung von
1692 Datenmissbrauch, wie das Brandenburgische Datenschutzgesetz und das Gesetz zur
1693 Akteneinsicht und zum Informationszugang. Aber wer kennt seine Rechte, wenn es um
1694 Akteneinsicht geht oder Behörden die Informationen unrechtmäßig verweigern?

1695 Wir wollen die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
1697 in Brandenburg deutlich stärken. Dazu gehört die Zusammenlegung
1699 der verschiedenen Behörden, die sich mit dem Datenschutz im
1701 Land beschäftigen die Erweiterung der Rechte, die personelle
1703 Aufstockung dieser Einrichtung, die Erhöhung der Transparenz und
1705 die bürgerfreundliche Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Dazu
1707 bedarf es keiner umfangreichen Finanzen; politischer Wille ist
1709 gefragt, um den Bürgerrechten auch institutionell den Rücken zu
1710 stärken.

Schlüsselvorbaben 12:
**Mehr Rechte für den
Datenschutz – und eine
starke Behörde dafür**

1711 Zugleich werden wir uns stärker um den Datenschutz für Arbeitnehmer in Unternehmen
1712 kümmern, wo Überwachung und Datenmissbrauch deutlich zunehmen. Brandenburg soll
1713 sich daher auf Bundesebene für eine Gesetzesinitiative zum Datenschutz der Arbeitnehmer
1714 einsetzen.

1715

1716 **Öffentliche Sicherheit**

1717 Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher
1718 Eingriffsbefugnisse und schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung
1719 von Polizeiwachen. Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, schlagen wir einen anderen
1720 Weg als den des bisherigen Innenministers Schönbohm vor. In einem ersten Schritt soll das
1721 unter seiner Federführung zustande gekommene Polizeigesetz von unabhängiger Seite
1722 überprüft werden. Wir wollen eine stärkere Zusammenarbeit mit Berlin und eine zügige
1723 Angleichung des Polizeirechts beider Länder. Das schließt die Kennzeichnungspflicht für
1724 Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin umgesetzt wird.

1725 Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen
1726 wirksamen Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des
1727 Netzes der Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Große Bedeutung
1728 messen wir einer qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei bei. Wir setzen uns ein für
1729 eine schnelle Verfolgung von Straftaten und einen Strafvollzug, der zu einem straffreien
1730 Leben erzieht. Wir ergreifen die Initiative für ein brandenburgisches Resozialisierungsgesetz.
1731 Besonderen Stellenwert hat für uns die übergreifende und ursachenbezogene Bearbeitung
1732 der Jugendkriminalität.

1733 Die zeitnahe Umsetzung des geltenden Rechts muss für alle gesichert sein. Dazu gehören
1734 für uns auch Gerichte in allen Landesteilen, die materiell und personell ausreichend
1735 ausgestattet sind.

1736 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch ein effektiver landesweiter flächendeckender Brand-
1737 und Katastrophenschutz. Dabei haben aus unserer Sicht die Freiwilligen Feuerwehren einen
1738 hohen Stellenwert. Dazu ist das Konzept der Stützpunktfeuerwehren weiterzuentwickeln und
1739 gesetzlich zu regeln.

1740

1741 **Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen**

1742 Die Mark Brandenburg hat in ihrer langen, widersprüchlichen Geschichte immer dann gute,
1743 stabile und schöpferische Zeiten gehabt, wenn sie auf Toleranz und Solidarität, Offenheit
1744 und Integration setzte. Das ist auch unsere Linie.

1745 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung
1746 führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige
1747 Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und
1748 Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet
1749 zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die
1750 Mehrheit der Brandenburger für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik
1751 eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des
1752 Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen
1753 setzen. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue rechtliche oder
1754 bürokratische Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges
1755 Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus
1756 entwickeln. Kultur und Bildung klären über Irrwege auf und üben demokratische
1757 Verhaltensmuster ein. Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes
1758 und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge Generation braucht
1759 Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein
1760 durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten Wirtschaft
1761 werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden
1762 können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter
1763 gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.

1764

1765 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

1766 Der Ansatz von Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration taugt nicht als
1767 Lippenbekenntnis, sondern nur als Grundsatz politischen Handelns. So setzen wir uns in
1768 Brandenburg für entsprechende Lebensbedingungen ausländischer Mitbürgerinnen und
1769 Mitbürger ein. Migrantinnen und Migranten sollen die gleichen Rechte haben wie alle
1770 anderen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen
1771 und Asylbewerber gehört abgeschafft. Die Bewegungsfreiheit eines jeden Menschen muss
1772 gewährleistet sein. Das Sachleistungsprinzip, wonach Asylbewerberinnen und Asylbewerber
1773 nur mit Gutscheinen einkaufen dürfen, muss landesweit durch Geldleistungen ersetzt
1774 werden. Menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung betrachten wir als
1775 Selbstverständlichkeit. Statt in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften sollten
1776 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden, die für eine
1777 Integration in die Gesellschaft förderlich sind. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen
1778 sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung von Dauerduldung ein, damit
1779 Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben müssen, aus ihrer
1780 derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.

1781

1782 **Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken**

1783 Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen Volkes auf Schutz,

1784 Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten
1785 Siedlungsgebietes durch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände zu
1786 gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale Unterstützung haben die Sorben
1787 (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre Vertreter diesen Anspruch
1788 immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir werden uns deshalb
1789 für ein novelliertes Sorben (Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und Bildungsautono-
1790 mie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien des
1791 sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen müssen erweitert werden.
1792 Das Rederecht des Sorben (Wenden)-Rates im Landtag gehört ebenso in das Gesetz wie
1793 verbriefte Anhörungsrechte für den Fall, dass die Landesregierung durch Gesetze, Rechts-
1794 verordnung oder vertragliche Vereinbarungen Fragen regeln will, die das sorbische
1795 (wendische) Volk unmittelbar berühren. Personalentscheidungen an sorbischen
1796 (wendischen) Einrichtungen sollten künftig nicht mehr ohne Anhörung der gewählten
1797 Gremien der Minderheit getroffen werden. Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen der
1798 vergangenen Jahre über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das sorbische
1799 Volk müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie die Länder Branden-
1800 burg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben (Wenden)
1801 über Jahrhunderte in Deutschland erleiden mussten, und wegen der Vernichtung eines
1802 erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes in einer besonderen Verantwortung.
1803

1804 **Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen** 1805 **Welt**

1806 Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine
1807 Beziehungen zur Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar.
1808 Wir wollen eine intensive Zusammenarbeit mit Berlin zum gegenseitigen Nutzen. Was liegt
1809 näher, als sich gemeinsam den wirklich existenziellen Herausforderungen zu stellen, die sich
1810 für die gesamte Region aus dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen
1811 Standortwettbewerb ergeben. Auf der Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungsland-
1812 schaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept für Wasserversorgung und Klimaschutz,
1813 ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte
1814 Kooperation mit benachbarten polnischen Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in
1815 der Verknüpfung der Förderung von Zukunftsbranchen. Für die Gestaltung der Zusammenar-
1816 beite wollen wir die Erfahrungen aus knapp 20 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz
1817 sorgfältig berücksichtigen.

1818 Brandenburg ist nicht nur „im Zentrum des vereinten Europas gelegen“, wie wir es häufig in
1819 offiziellen Regierungsdokumenten lesen. Die Europäische Union beeinflusst das Leben der
1820 Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande täglich und unmittelbar. Und die Brandenburger
1821 Landespolitik hat die Kompetenz, europäische Entscheidungen mit zu beeinflussen: über den
1822 Bundesrat oder auch vor Ort in Brüssel.

1823 Die Europäische Union darf nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein, sondern sie
1824 muss auch eine soziale werden. Deswegen setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel
1825 in den Europäischen Verträgen ein. Wir wollen aber auch im Land mehr tun. Denn
1826 Brandenburg kann mehr dazu beitragen, jene Lücke zu schließen, die heute zwischen
1827 „Brüssel“ und den sozialen Problemen der Europäer klafft. Wenn Europapolitik mittlerweile
1828 Innenpolitik ist, dann muss Brandenburg europäischer werden. Das gilt nicht nur für die
1829 Menschen, das gilt zuerst für die Politik, wo eher Provinzialität und Scheu herrschen, wenn
1830 es um europäische Fragen geht. Es mangelt dem Landtag an Mitsprache in diesen Fragen
1831 und es mangelt der Regierung an Initiativen, die die europäischen Möglichkeiten gezielt für
1832 die Entwicklung unseres Landes nutzen. Dabei geht es nicht nur und auch nicht zuallererst
1833 um Förderfonds. Es geht um konkretes Handeln, das über vorhandene Programme und
1834 laufende Aktivitäten hinaus neue politische Akzente setzt.

1835 Die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung, an deren Entstehung auch die
1836 Brandenburgerinnen und Brandenburger aktiv mitwirken und über die sie dann in einem
1837 Referendum abstimmen können, steht für uns weiter auf der europäischen Agenda.

1838 Wir meinen: Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive. Landtag und Landesre-
1839 gierung sollten in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn in Polen ein „Europapolitisches
1840 Programm für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten, um die
1841 Chancen unserer an Oder und Neiße gelegenen deutsch-polnischen Region in Europa besser
1842 zu nutzen.

1843

1844 **Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße**

1845 Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern
1846 ist Teil einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen
1847 Grenze. Dieser Raum wird von den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznań und Wrocław
1848 getragen; zugleich ist er wesentlich für die Entwicklung der ausgedehnten ländlichen Räume.

1849 Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun:
1850 Die Konzeption einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines
1851 Wirtschaftsstandortes Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von
1852 Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines
1853 grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen
1854 Grenzstädten und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale
1855 der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße. Wir wollen die Anstrengungen für
1856 einen abgestimmten Natur- und Katastrophenschutz intensivieren - so kann der Lebensraum
1857 von hunderttausenden Menschen für heutige und nachfolgende Generationen bewahrt
1858 werden.

1859 Auch der im Bau befindliche Großflughafen in Schönefeld markiert einen Bereich, in dem
1860 dringender Bedarf für Abstimmung und Koordinierung jenseits nationaler Grenzen besteht.

1861 Mit der Oderpartnerschaft sind wir auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen
1862 Region an Oder und Neiße. Wir unterstützen dieses Projekt nicht nur mit
1864 Absichtserklärungen, wie es andere Parteien tun, sondern sie wird
1866 dieser Initiative sowohl Struktur als auch Beständigkeit geben.
1868 Das könnte zu einer regionalen Institution mit
1870 Entscheidungskompetenzen führen, mit denen die verschiedenen
1872 Akteure vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine
1874 solche Initiative, gemeinsam mit Berlin vorangetrieben, würde
1876 brandenburgische Politik nicht nur europäischer machen, sondern
1877 der deutsch-polnischen Zusammenarbeit einen eigenen brandenburgischen Akzent geben.

Schlüsselvorhaben 13:
**Struktur und
Beständigkeit für die
Oderpartnerschaft**

1878 Landtag und Landesregierung müssen sich auf die erhöhten Anforderungen einstellen, die
1879 sich aus der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und
1880 Kommunalpolitik in Brandenburg ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind eine
1881 europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung und ein europapolitisch engagierter Landtag
1882 wichtige Voraussetzungen.

1883

1884 **Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden**

1885 Brandenburger Landespolitik muss sich wieder stärker in den ärmsten Regionen der Welt
1886 engagieren und so einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-
1887 Entwicklungsziele der UNO bei der weltweiten Bekämpfung von Armut leisten. Die
1888 Mitverantwortung unseres Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag
1889 zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in
1890 den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie die Förderung entwicklungspoliti-

1891 scher Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte für eine brandenburgi-
1892 sche Nachhaltigkeitsstrategie. Ernsthafte Politik für ein modernes und soziales Brandenburg
1893 in der Einen Welt muss dabei vor allem jene Gruppen und Netzwerke im Lande angemessen
1894 unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Einen Welt für
1895 Entwicklung und Umweltschutz einsetzen. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige
1896 Entwicklung müssen in brandenburgischen Schulen fest verankert werden.

1897 **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

1898

1899 Brandenburg wurde von der Krise unter Bedingungen getroffen, die schon vorher kompliziert
1900 waren – komplizierter als in den Jahren zuvor. Das betrifft insbesondere die finanzielle Lage
1901 des Landes und seiner Kommunen. Bisherige Haushaltskonsolidierungen waren vor allem
1902 der positiven konjunkturellen Situation der letzten Jahre sowie der Reduzierung von
1903 Personalkosten geschuldet. Doch trotz der positiven Konjunktorentwicklung der letzten
1904 Jahre ist die Verschuldung des Landes auf mittlerweile über 18 Milliarden Euro gestiegen.
1905 Diese Entwicklung ist kaum zu stoppen – jetzt erst recht nicht. Steigende Zinsausgaben,
1906 immens wachsende Pensionslasten, jährlich sinkende Solidarpaktmittel, die sich ändernde
1907 EU-Förderung (insbesondere im Bereich der Agrar-Strukturförderung) und die noch nicht
1908 einmal voll absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise – das sind die Realitäten der
1909 nächsten Jahre. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur ihre gesetzlichen
1910 Pflichten aufgaben verwalten, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem Gestaltungsan-
1911 spruch betreiben will, sind vor diesem Hintergrund äußerst eingeschränkt.

1912 SPD, CDU und FDP antworten auf diese Situation mit Konzepten, die alles auf einmal
1913 ankündigen und nichts wirklich sinnvoll werden durchsetzen können: großzügigste Steuer-
1914 senkungen, gewaltige kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und strengste Haushaltssanie-
1915 rung gleichzeitig – das passt einfach nicht zusammen. In dieser Situation schon gar nicht.
1916 Der größte Fehler ist der Beschluss, jetzt per Verfassungsänderung ab 2020 ein Verbot der
1917 Neuverschuldung einzuführen. Eine solche „Schuldenbremse“ wird es daher mit der LINKEN
1918 nicht geben. Niemand kann heute die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen
1919 und Notwendigkeiten innerhalb dieses Zeitraumes genau genug vorhersehen. Nur eines ist
1920 klar: Für Brandenburg z. B. bringt dieser Beschluss schon ab 2011 zusätzliche finanzielle
1921 Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen an Länder wie das Saarland und Bremen mit sich.

1922 Eines ist absehbar: Im Zeitraum 2009 bis 2014 wird die Verschuldung des Landes wieder
1923 anwachsen. Genauso klar ist aber auch: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes darf
1924 dadurch nicht gefährdet werden. Brandenburg darf nicht in den Staatsbankrott geführt
1925 werden, sondern muss Einnahmen und begrenzte neue Kredite so einsetzen, dass damit die
1926 Lösung der strukturellen Probleme in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung und
1927 bei den Kommunen angepackt werden kann.

1928 Unsere Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft und Konversion sind durch
1929 einen neuen inhaltlichen Ansatz zu finanzieren und haben einen effizienteren Mitteleinsatz
1930 zur Folge. Der Finanzbedarf für einen Einstieg in eine sozial und wirtschaftlich ausgewogene
1931 Entwicklung umfasst 150 Millionen Euro. Vorhaben wie die Agrarwirtschaftsinitiative oder
1932 der Umbau der Förderlogik kosten kein zusätzliches Geld, sondern werden durch
1933 Veränderungen bei der Verwendung der dem Land zufließenden Mittel ermöglicht.

1934 Wir sind der Überzeugung, dass mit den im Wahlprogramm genannten Projekten ein
1935 finanziell verantwortbarer Weg beschritten wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um die
1936 Lösung konjunktureller Probleme, sondern um die Auflösung von seit Jahren zu
1937 verzeichnenden Strukturdefiziten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie um die
1938 weitere Stabilisierung von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg.

1939 Diesen notwendigen politischen Entscheidungen können weitere folgen. Voraussetzung
1940 dafür ist eine Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Ende des Jahres, die wesentlich
1941 vom weiteren Krisenverlauf und von den politischen Entscheidungen auf Bundesebene
1942 geprägt sein wird.

1943 Wir sprechen deswegen von einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß, die wir in
1944 Brandenburg durchsetzen wollen.

1945 Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und
1946 wirtschaftliche Schwerpunkte muss den großen und weiter zunehmenden regionalen

1947 Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen
1948 werden. Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen
1949 finanziert werden. Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr
1950 Beschäftigung sichern künftige Einnahmen des Gemeinwesens. Existenz sichernde
1951 Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen und senken die Defizite der Sozialkassen.

1952 Durch einen Umbau der Förderlogik und -struktur kann Brandenburg auch zukünftig finan-
1953 zielle Anreize und Unterstützung bieten. Neben Zuschüssen oder revolvingenden Fonds
1954 wollen wir die Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu gestalten. Wir werden bei der
1955 Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse
1956 der brandenburgischen Städte und Gemeinden besonders berücksichtigen. Damit könnten
1957 ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union
1958 inhaltlich kompensiert werden. Die revolvingenden Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio.
1959 Euro umfassen, um auch in der Perspektive Investitionsförderung und Regionalentwicklung
1960 sicherzustellen.

1961 Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen
1962 strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um
1963 Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind
1964 nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der
1965 öffentlichen Hand. Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zu einem
1966 Stellenaufwuchs, um Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.

1967 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die
1968 Zukunft konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

1969 ***Es ist an der Zeit***

1970

1971 Wir, DIE LINKE in Brandenburg, treten an

1972 ⇒ für Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,

1973 ⇒ gegen die Armut im Land und für bessere Lebensbedingungen von Kindern,

1974 ⇒ für bezahlbare Lebensumstände,

1975 ⇒ für eine gute Bildung und Ausbildung hier und heute,

1976 ⇒ für Kultur für alle,

1977 ⇒ für ein verlässliches Gemeinwesen,

1978 ⇒ für mehr Demokratie und Teilhabe, für Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

1979 Klar ist für uns:

1980 Wir brauchen einen Politikwechsel!

1981 Es ist an der Zeit, auch in Brandenburg vieles neu zu ordnen!

1982

1983 Wir laden Sie ein, sich mit unseren Projekten vertraut zu machen, gemeinsam mit uns zu streiten, Lösungen zu suchen und zu finden – für ein zukunftsfähiges Brandenburg.

1984

1985
1986 Wir bitten um Ihr Vertrauen, weil wir Brandenburg durch die Krise und aus der Krise führen wollen.
1987

